Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD • Bezirk Hessen-Nord

Beschlossene Anträge der ordentlichen Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Bildquelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/b/b7/Flag_of_Europe.svg/2000px-Flag_of_Europe.svg.png

Stadthalle Bad Hersfeld
05.04. und 06.04.2014

Beschlossene Anträge

E EUROPA

E1	23 Thesen für ein gerechtes und solidarisches Europa	Bezirksvorstand
E4	Galileo-Projekt fördern	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
E6	Teilnahmebedingungen für EU Förderprogramme neu regeln	Unterbezirk Schwalm-Eder

A ARBEIT & SOZIALES

A1	Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze	Unterbezirk Kassel-Land
A2	Faire und vergleichbare Jahresgehälter	Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

F FINANZEN & WIRTSCHAFT

F1	BürgerInnen-Energiewende fortsetzen!	Unterbezirk Kassel-Stadt
F4	Steuerhinterziehung verfolgen	Arbeitsgemeinschaft Marburg

G GESELLSCHAFTS- & INNENPOLITIK

G1	Das Maß muss Menschlichkeit sein – Asylpolitik ist Menschenrechtspolitik	Bezirksvorstand
G3	Vorratsdatenspeicherung ablehnen!	Unterbezirk Kassel-Stadt
G4	Datenschutzartikel ins Grundgesetz	Unterbezirk Fulda
G6	Neuer Feiertag	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
G7	Staat statt Kirche	Unterbezirk Waldeck-Frankenberg
G8	GEZ-Befreiung für Studierende und Azubis	Unterbezirk Fulda
G10	Stopp der Beihilfe zur Tötung in Übersee	Arbeitsgemeinschaft Marburg

I INTERNATIONALES

I1	0,7-Prozent-Ziel endlich verwirklichen	Unterbezirk Fulda

L LANDWIRTSCHAFT & LÄNDLICHER RAUM

L1	Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!	Bezirksvorstand
L2	Schlachtungsrecht ändern	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
L3	Forstreform ablehnen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

L4	Ländlichen Raum erhalten	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
L5	Mobilität im ländlichen Raum	Unterbezirk Schwalm-Eder

O ORGANISATION

O1	Antragskommission geht auch demokratisch! Antrag zur Satzungsänderung	Bezirksvorstand

U UMWELT & GESUNDHEIT

U1	Bundespflegekammer schaffen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
U2	Umgang mit Echtpelzen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
U3	Lebensmittelampel	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
U4	The Plastiktüte must die!	Unterbezirk Kassel-Land

Ini Initiativanträge

Ini 1	Mindestlohn	ausreichende Anzahl an Unterstützern

Überwiesene Anträge

An AK Schüler beim BV

B1	Nachhilfe für alle	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

An BA

G2	FSJ stärken	Arbeitsgemeinschaft Marburg

An BV

E3	Transatlantisches Freihandelsabkommen ablehnen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Ä zu E3	Transatlantisches Freihandelsabkommen ablehnen	Unterbezirk Kassel-Land
F5	Steuererleichterungen für Eltern mit drei und mehr Kindern	Unterbezirk Fulda
G5	Diskriminierung tötet! (Resolution)	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
O2 und O3	Neufassung Jusos in die Parlamente!	Unterbezirk Fulda und Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	E1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag
Betr.:	23 Thesen für ein gerechtes und solidarisches Europa

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

23 Thesen für ein gerechteres und solidarischeres Europa

Frieden und Freiheit, sind die Werte, die Europa politisch prägen. Seit vielen Jahrzehnten setzt sich die europäische Sozialdemokratie für das Projekt Europa ein. Doch neben Frieden und Freiheit verdanken wir Europa auch undemokratische Strukturen und eine verstärkte Fokussierung auf den kapitalistischen Markt. Wir nordhessischen Jusos wollen nicht einfach nur für Europa kämpfen. Wir wollen für ein besseres, gerechteres und solidarischeres Europa kämpfen. Um das zu erreichen, haben wir 23 Thesen entwickelt, für die es sich lohnt zu kämpfen.

Angleichung und Verbesserung der Lebensbedingungen in Europa
Seit die Freizügigkeit der BürgerInnen Rumäniens und Bulgariens vollständig gewährleistet wird, sprechen und schreiben viele AkteurInnen von Armutswanderung. Die vielfach überzeichneten und populistischen Äußerungen gehen in die falsche Richtung, doch richtig ist, dass es innerhalb der EU ein starkes Gefälle der Lebensbedingungen gibt. Dieses Gefälle dürfen wir nicht akzeptieren. Daher müssen wir solidarisch innerhalb der EU sein. Hierzu ist es notwendig, dass weiterhin die regionalen Fördermittel in Form des EFRE-Programmes weitergeführt werden, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Darüber hinaus gilt es, die Kommunen bei ihren Integrationsbemühungen noch verstärkt mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds zu unterstützen. Es ist gerade auch eine europäische Aufgabe, sich an der Ausgestaltung der Integrationsinfrastruktur vor Ort finanziell zu beteiligen.
Auch hier gilt der Leitspruch, dass starke Schultern mehr tragen müssen, als schwächere.

Mehr soziale Rechte für UnionsbürgerInnen
Europa wird oft als Union der Normierung und der Wirtschaftsinteressen wahrgenommen. Das Europa eine Union seiner BürgerInnen ist, wird selten dargestellt. Daher müssen die Rechte der BürgerInnen der Union gestärkt werden. Wir wollen, dass alle Menschen in der Europäischen Union ein Anrecht auf soziale Mindeststandards, wie eine Krankenversicherung, eine Mindestrente und einen Mindestlohn haben; und dies nicht nur als nationale StaatsbürgerInnen innerhalb der Nationalstaaten. Unionsbürgerschaft bedeutet für uns vielmehr, dass jedeR UnionsbürgerIn, egal wo sie/er sich in der EU niederlassen möchte, ein Anrecht auf solche transnationalen sozialen Rechte hat!

Gemeinsame Steuerpolitik als Ende des Steuerwettbewerbs
Innerhalb der Europäischen Union besteht ein starker Standortwettbewerb, der über möglichst geringe Steuersätze geführt wird. Die Körperschaftssteuersenkungsspirale der letzten Jahrzehnte und der mittlerweile durch internationale Großkonzerne bis zum Exzess betriebene Steuervermeidungswettlauf sind hierfür die eindringlichsten Indikatoren.
Das zerstört Staaten und schadet deren BewohnerInnen. Eine einheitliche Steuerpolitik der EU würde den schadenden Wettbewerb endlich beenden und dem größten Wirtschaftsraum der

Welt die Chance geben, die Unternehmen an den gesellschaftlichen Aufwendungen in einem Maße zu beteiligen, wie es sich gehört.

Perspektiven für die junge Generation hat Priorität

Eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50% darf nicht akzeptiert werden. Europa muss zusammen die Perspektivlosigkeit der jungen Menschen in vielen Ländern bekämpfen. Dabei ist die Austeritätspolitik von Merkel und anderen neoliberalen PolitikerInnen der falsche Weg. Wir brauchen Investitionen in die betroffenen Regionen, damit sich die Lage dort entspannt. Ein Marshall-Plan für die Jugend Europas ist dringend notwendig.

Europa der Regionen – Mehr Förderungen für den Ländlichen Raum

Für ländliche Regionen wie Nordhessen ist die EU ein wichtiger Akteur. Die Union unterstützt ländliche Regionen mit viel Geld in diversen Programmen. Diese Förderung muss weiter aufrechterhalten werden. Der einsetzende demographische Wandel im ländlichen Raum kann nur durch gezielte und nachhaltige Investitionen abgefedert werden.

Europa als Chance für Bildung und Internationalität

Europa bietet die Möglichkeit unkompliziert die Internationalität junger Menschen zu fördern. Mit Austauschprogrammen wie Erasmus ist die EU in diesem Feld auch schon sehr erfolgreich. Die Programme müssen erhalten und vorangetrieben werden. Unser Ziel muss es werden, dass jeder junge Mensch längere Aufenthalte außerhalb seiner Heimatregion verbringt und dabei lernt, dass alle Menschen gleich sind, egal ob es Deutsche, Franzosen oder Bulgaren sind.

Europa des Friedens

Willy Brandt forderte von der Bundesrepublik: „Wir wollen ein Volk von guten Nachbarn sein, im inneren und nach außen“. Das muss auch für die EU gelten. Europa schafft es seit vielen Jahren Konflikte innerhalb und zwischen den europäischen Staaten zumeist friedlich zu lösen. Diese Verantwortung muss es auch nach außen haben. Krieg darf immer nur die letzte Lösung sein und auch nur dann, wenn die Sicherheit von Leib und Leben viele Menschen betroffen ist. Wirtschaftliches Interesse darf nie ein Grund für einen bewaffneten Konflikt bilden.

Entwicklungspolitik stärken

Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung in der Welt gerecht werden. Vom immer offener werdenden Welthandel profitieren vor allem die Europäische Union, Nordamerika und Süd-Ostasien, aber nicht immer die übrigen Handelspartner. Ziel europäischer Europapolitik muss eine einheitliche europäische Entwicklungspolitik sein, die ihren Fokus nicht auf den internationalen Abbau von Handelshemmnissen legt, sondern auf internationale Chancengleichheit. Ziel von Entwicklungspolitik darf nicht die Nutzbarmachung von Ressourcen sein, sondern allen Menschen ein würdiges Leben in ihrer Heimat zu ermöglichen.

Frontex muss unter demokratischer Kontrolle des Europäischen Parlaments gebracht werden!

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex steht seit ihrer Arbeitsaufnahme in der Kritik. Verweigerte Seenotrettung, gravierende Verstöße gegen die Genfer Flüchtlingskonventionen und Rückführungsabsprachen zwischen Frontex und Nicht-EU-Staaten sind nur einige Punkte. Daher fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Frontex nicht nur durch die Kommission, sondern auch durch das europäische Parlament kontrolliert wird, da Frontex im Namen des europäischen Volkes agiert.

Für eine bessere Asyl- und Einwanderungspolitik!

Der Umgang mit Migrantinnen und Migranten in die EU ist beschämend. Menschen, die aus anderen Ländern versuchen in die EU einzureisen, machen das nicht, weil hier das Wetter und das TV-Programm besser sind, sondern weil sie vor Verfolgung, Hunger und Perspektivlosigkeit flüchten. Vielen Verfolgten wird bereits die Chance auf die Stellung eines Asylantrages verwehrt, und diejenigen, die einen Antrag stellen, werden häufig mit dem

Hinweis, dass sie aus einem sog. sicheren Drittstaat kommen, postwendend abgeschoben, obwohl in diesem „sicheren Staat“ keine ordentlichen Asylverfahren Anwendung finden. Daher fordern wir:
- Dublin II und die sog. „Drittstaatenregelung“ muss abgeschafft werden!
- Einheitliche Asylverfahren auf hohem Niveau in ganz Europa! Bis dahin eine Unterstützung der EU-Grenzländer durch alle EU-Staaten!
- Die Schaffung legaler Einwanderungsmöglichkeiten in die EU!

Europa ohne Grenzen!

Wir haben gemeinsame Behörden, ein gemeinsames Parlament aber kein europäisches Volk. Das wird auch so bleiben, wenn zwischen den europäischen Staaten keine wirkliche Freizügigkeit herrscht. Die Freizügigkeit ist für die meisten EU-Bürger Realität, doch nicht für alle. Vor allem EU-Neumitglieder werden immer wieder diskriminiert, allen voran durch Deutschland, das sich wieder und wieder eine Arbeitnehmerfreizügigkeit verbittet. Dies führt dazu, dass sich viele als Europäer zweiter Klasse fühlen, was Wasser auf die Mühlen der Europagegner ist. Deshalb gleiches Recht für alle!

Menschen retten, keine Banken

Die europäische Gemeinschaft hat Unsummen locker gemacht, um sog. „systemrelevante“ Banken vor dem -meist selbstverschuldeten- Zusammenbruch zu schützen. Die Gelder, die für Fördermaßnahmen der -vor allem südeuropäischen Staaten- eingeplant wurden, stellen hingegen nur einen Bruchteil der Ausgaben für die Banken dar. Dies zeigt, wessen Geistes Kind die bisherige europäische Politik ist: Die des Marktes und nicht der Menschen! Sollte nicht umgehend gegengesteuert werden, wird es vor allem im Mittelmeerraum eine ganze verlorene Generation geben!

Rechtspopulisten dürfen keine starke Stimme bekommen

Die Zustimmung zu Europagegnern und Rechtspopulisten ist zum großen Teil hausgemacht. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich aus Brüssel und Straßburg fremdbestimmt, da es keine gelebte europäische Gesellschaft gibt, sondern die EU nur als Zentralbehörde wahrgenommen wird. Die EU muss ihr Handeln besser erklären und den Benefit für alle unterstreichen. Hierzu gehört nicht nur eine andere Medienarbeit, sondern auch eine aktivere Wahlkreisarbeit der Abgeordneten.

Europa ist Ursprung der Demokratie – Es wird Zeit das sich die EU nun auch daran orientiert

Häufig wird zu Recht kritisiert, dass die Europäische Union undemokratisch organisiert ist. Ein sozialdemokratisches Europa muss dem europäischen Parlament umfassende Rechte etwa auch im Bereich des Haushaltes geben. Auch die Wahl der Kommission muss maßgeblich durch das Europäische Parlament erfolgen. Ein europäischer Rat, mit Vertretern der nationalen Regierungen, sollte als zweite Kammer eingerichtet werden. Somit sind Kompromisse zwischen den Ländern und der europäischen Ebene auszuhandeln. Das ist gelebte Demokratie, die wir stärken wollen.

Die Währungsunion braucht eine demokratische Wirtschaftsregierung

Die Krise innerhalb Europas, insbesondere im Euro-Raum, hat eine Vielzahl von Konstruktionsmängeln der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion offenbart. Der entscheidendste ist dabei, dass man sich bei der Einführung des Euros lediglich auf eine europäisierte Währungspolitik einigen konnte, die Wirtschaftspolitiken aber weiterhin im nationalstaatlichen Entscheidungskontext verblieben. Eine gemeinsame Währung braucht aber eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, dies wurde mehr als deutlich! Die konservative Antwort in der Krisenauseinandersetzung bestand dabei aus zwei Lösungsansätzen: Technokratische Normsetzung, die durch die Kommission überwacht werden sollen und zum anderen die Stärkung des Europäischen Rates (insbesondere der Euro-Gruppe, entsprechend den Staats- und Regierungschefs sowie Finanzministern der Euro-Mitgliedsländer) als

Entscheidungsgremium. Von einer demokratischen EU-Wirtschaftsregierung haben wir uns während der Krise also noch weiter entfernt. Unsere Antwort lautet daher, dass wir endlich der Euro-Gruppe ein demokratisches Instrument in Form einer parlamentarischen Versammlung entgegensetzen müssen. Die Wirtschaftspolitik im Euro-Raum braucht den politischen Diskurs im und die Kontrolle durch das Parlament.

Wir wollen ein Europa, das für ein sozial-eingebettetes Wirtschaftsleben steht und nicht für Konzerninteressen!

Bisher ist es europäischer Konsens, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Unternehmen und Konzerne immer auch in das demokratische Gesellschaftsleben eingebettet sein sollen. Heißt, wir verfolgen in Europa eine Wirtschaftsordnung, in der (noch) das Primat der Politik gilt. Gesamtgesellschaftliche Interessen werden höher bewertet, als das partikulare Unternehmensinteresse. Auch wenn es darum geht, dies in der Europäischen Union noch stärker zu verankern, stehen wir derzeit vielmehr vor der grundlegenden Gefahr diesen Konsens vollends bei Seite zu räumen: Wenn ein mögliches Freihandelsabkommen die Konzerninteressen höher schätzt, als Verbraucherschutz oder Sozialstandards und diese Interessensvormacht auch noch durch Investitionsschutzregeln juristisch absichert, werden wir als Jusos alles dafür tun, dass ein solches Abkommen zwischen der EU und den USA nicht Realität wird! Die Wirtschaft hat sich, nach unserem Verständnis, den gesellschaftlichen Interessen unterzuordnen, nicht anders herum.

Europa als Vorreiter in der Klimapolitik

Der Stillstand in der weltweiten Klimapolitik darf nicht länger stillschweigend hingenommen werden. Die Europäische Union muss mit gutem Beispiel vorangehen und bis 2030 den Ausstoß von Treibhausgasen verbindlich um 40 Prozent senken. Dafür sind Investitionen in Energieeffizienz und der Ausbau insbesondere dezentraler Erneuerbarer Energien sowie ein steuerungswirksamer Preis zur CO2 Zertifizierung unabdingbar. Die EU darf hier ihre Mitgliedsstaaten in ihren Ambitionen nicht bremsen, sondern muss den zügigen Ausbau der Erneuerbaren als wirtschaftliche Chance begreifen.

Datensicherheit und Transparenz herstellen

In Sachen Datenschutz und Transparenz ist die Europäische Union noch einen weiten Weg von guter Politik für die EuropäerInnen entfernt. Wir Jusos fordern europaweite Standards im Schutz von Daten von Einzelpersonen, Institutionen und Unternehmen nach schwedischem Vorbild. Die massenhafte verdachtsunabhängige Speicherung von Kommunikationsdaten (Vorratsdatenspeicherung) lehnen wir genauso strikt ab, wie geplante Bestrebungen die Internet-Bandbreite nach Typ des transportierten Inhalts zu regulieren. Wir fordern absolute Netzneutralität und stehen zu individuellen Freiheitsrechten und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Wir lehnen jegliche Form von Zensur, also auch sog. Netzsperren, ab. Auf europäischer Ebene ist auf eine einheitliche Regelung des Urheberrechts hinzuarbeiten, die sowohl dem heutigen Medien-Nutzungsverhalten als auch den berechtigten Interessen der Kreativindustrie Rechnung trägt.

Wir rufen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu auf, gemeinsam gegen das massenhafte Ausspionieren unschuldiger BürgerInnen, aber auch Unternehmen vorzugehen. Wir erwarten, dass gegenüber den USA mit gleicher Deutlichkeit, auch öffentlich, Kritik an den Ausspähprogrammen der NSA vertreten werden, wie dies in vergleichbaren Fällen gegenüber der Volksrepublik China und der Russischen Föderation geschieht. Bis im Fall der massenhaften Ausspähung durch die NSA verlässliche Vereinbarungen erreicht werden, fordern wir die Verhandlungen über eine transatlantische Freihandelszone auszusetzen. Vor einer möglichen Einigung über das TTIP genannte Abkommen sind mögliche Konsequenzen für Wirtschaft, VerbraucherInnen, Umwelt und Arbeitsbedingungen gründlich zu prüfen.

Wir fordern die Einführung europäischer Regelungen zum Schutz von Whistleblowern und im Fall von Edward Snowden Asyl in Deutschland und anderen europäischen Ländern.

Jusos setzen Zeichen für Europa

Stärker noch als bei Bundestags- und Landtagswahlen ist das öffentliche Interesse an der Wahl zum Europäischen Parlament besorgniserregend gering. Deshalb wird es in den Wochen und Monaten vor der Wahl insbesondere auf uns JungsozialistInnen als Sprachrohr der jungen Generation ankommen, mit kreativen Aktionen und aussagekräftigen Bildern vor Ort, in der Presse und in den sozialen Netzwerken für eine hohe Wahlbeteiligung zu werben. Anstelle von möglichst vielen und immer stärker von den Bürgerinnen und Bürgern ignorierten Infoständen vor Supermärkten müssen wir uns deshalb an neuartige Formen der Öffentlichkeitsarbeit herantrauen. Methoden wie Bodenzeitungen, Flashmobs, bedruckte Heliumballons und andere kreative und aussagekräftige Aktionen müssen gut vorbereitet, aufsehenerregend und in deutlicher Sprache formuliert auf die Probleme und Chancen dieser Wahl hinweisen. Bei dieser Weiterentwicklung des Wahlkampfes müssen wir als Jusos die Sprache der Jugend sprechen und uns nicht in PolitikerInnensprech verirren. Nur so können wir junge Menschen ansprechen und nachhaltig für unsere Idee eines demokratischen und solidarischen Europa begeistern.

Nationen überwinden – Wir sind alle Europäer!

Das oberste Ziel der Europäischen Union ist das Miteinander der unterschiedlichen Völker aus den unterschiedlichen Regionen der Europäischen Union. In den Jahrhunderten vor der Gründung haben aufstrebender Nationalismus Not, Elend, Krieg und das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit hervorgebracht. Die Europäische Union soll daher auch den Nationalismus und Egoismus von einzelnen Nationalstaaten in ein solidarisches Miteinander aller europäischen Regionen überführen. Das weitere Ziel sozialdemokratischer Europa-Politik sind die „Vereinigten Staaten von Europa“ wie es schon das Heidelberger Programm von 1925 zukunftsweisend skizzierte.

Freizügigkeit muss sich auch in einem stärker gemeinsam koordinierten Fernverkehr abbilden.

Das von der EU initiierte und finanzierte Programm TEN-T (TransEuropeanNerworks-Transport) hat in den letzten Jahren viele intereuropäische Fernverkehrsprojekte finanziert. So wurde ein Teil der Bahn-Schnellstrecke Paris-Köln-Brüssel-Amsterdam-London aus TEN-T-Mitteln finanziert. Bis 2030 sollen über 26 Mrd. € in den weiteren Ausbau von transeuropäischen Straßen, Bahnstrecken und Binnenschifffahrtsstrecken investiert werden. Eine gemeinsame europäische Fernverkehrspolitik bildet die Grundlage für Mobilität und Freizügigkeit innerhalb der Union. Vor allem in den Staaten, die seit der Jahrtausendwende beigetreten sind, müssen Investitionen getätigt werden, damit sie besser an die restliche Union angeschlossen werden können. Dafür ist auch das System der Finanzierung zu überdenken. Nur 10% der Investitionskosten werden über das TEN-T-Programm getragen, der Rest muss von der jeweiligen Nation oder Region getragen werden. Das ist für viele europäische Staaten schwer zu stemmen. Hier ist mehr europäische Solidarität gefragt.

Wir brauchen eine Europäische Öffentlichkeit für das europäische Projekt – EuropaTV als erster Schritt

Europa findet in den Medien meistens nur statt, wenn über krumme Gurken und faule Abgeordnete berichtet wird. Das ist jedoch eine sehr verkürzte Sicht auf die EU. Die europäischen Institutionen bestimmen immer mehr unser Leben. Das muss sich in der Berichterstattung widerspiegeln, zum einen, um ein stärkeres Verständnis zu entwickeln was die EU ist, zum anderen, um die europäische Ebene der Politik stärker zu kontrollieren. Die Forderung des deutschen Bundespräsidenten Gauck nach einem europäischen Fernsehkanal, der Nachrichten aus Europa, Parlamentsdebatten aus Brüssel und Straßburg aber auch Filme und Fernsehsendungen aus ganz Europa überträgt, könnte hier ein erster Ansatz sein. Kanäle wie Arte und Euro News sollten als Vorbild dienen. Der TV-Sender sollte sich über Gebühren finanzieren und somit unabhängig von Regierungen und Kommission arbeiten.

Frieden, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in Europa und durch Europa

Die Europäische Union muss die Grundlage für das sozialdemokratische Projekt des 21. Jahrhunderts sein. Wer Politik in Grenzen denkt, wird im Denken begrenzt. Nur wenn wir aufhören ständig im nationalen Wettbewerb zu stehen und stattdessen gemeinsam und solidarisch Politik in einem geeinten Europa vorantreiben, können wir unsere Werte des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit in Koexistenz umsetzen. Daher ist Europa ein sozialdemokratisches Projekt, das eine starke sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament braucht und endlich auch einen progressiven Kommissionspräsidenten, der Martin Schulz klar wäre. Deswegen werden wir nordhessischen Jusos und die nordhessische Sozialdemokratie einen starken EU-Wahlkampf führen. Damit Europa wieder unser Projekt wird!

Begründung:

Erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	E4
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, Bundesparteitag
Betr.:	Galileo-Projekt fördern

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das Projekt Galileo ist auf breitere finanzielle Füße zu stellen.
Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass jeder Europäer die Möglichkeit hat, sich finanziell an UNSEREM Projekt Galileo zu beteiligen. Dies würde das Galileo-Satelliten-Projekt finanziell weit nach vorne bringen und darüber hinaus das europäische Wir-Gefühl stärken. Die Geldgeber erhalten mindestens ihren eingezahlten Betrag wieder, dafür hat die EU zu haften

Begründung:

Galileo ist der Name des europäischen globalen Satellitennavigationssystems (Europäisches GNSS). Es soll weltweit Daten zur genauen Positionsbestimmung liefern und ähnelt im Aufbau dem US-amerikanischen NAVSTAR-GPS und dem russischen GLONASS-System.

Galileo ist das erste von der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) gemeinsam durchgeführte Projekt und Teil des TEN-Verkehrsprojektes. Die Finanzierung der Entwicklungsphase wird von beiden Organisationen zu gleichen Teilen übernommen. Am 27.Mai 2003 einigten sich die Mitgliedsstaaten der ESA nach langen Differenzen über die Finanzierung. Im Mai 2007 wurde bekannt, dass die EU-Kommission den privaten Betreibergesellschaften den Auftrag entziehen und das Projekt neu ausschreiben will.

Folgende Staaten außerhalb der Europäischen Union beteiligen sich ebenfalls:
- China ist mit 280 Mio. Euro am Projekt beteiligt; ein gemeinsames Trainingszentrum für Satellitennavigation wurde an der Pekinger Universität eröffnet.
- Indien konnte im Januar 2004 Verhandlungen aufnehmen, und im September 2005 wurde eine Übereinkunft über Zusammenarbeit unterzeichnet.] Im Oktober 2006 hatte Indien allerdings die Zusammenarbeit und die angebotene Mitfinanzierung von 300Mio.Euro aufgrund sicherheitsrelevanter Aspekte wieder in Frage gestellt.
- Israel
- Marokko
- Saudi-Arabien
- Schweiz (Mitglied der ESA) mit 30 Mio. Euro und liefert die extrem genauen Rubidium- (Abweichung von einer Sekunde in 760.000 Jahren) und Wasserstoff-Maser-Atomuhren (Abweichung von einer Sekunde in drei Millionen Jahren)
- Norwegen (Mitglied der ESA)
- Südkorea
- Ukraine

Folgende Staaten verhandeln über eine Teilnahme:
- Argentinien

- Australien (Stand Januar 2007)
- Brasilien
- Chile
- Kanada
- Malaysia
- Mexiko
- Russland brachte am 21. Oktober 2011 die ersten zwei Galileo-Satelliten mit einer Sojus-ST-Rakete vom europäischen Weltraumzentrum in Französisch-Guayana ins All

Die Vereinigten Staaten standen und stehen Galileo skeptisch gegenüber, vor allem im Hinblick auf die Gefahren einer unkontrollierten militärischen Nutzung und fürchten die Ablösung ihres Datenmonopols.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	E6
Antragsteller:	Unterbezirk Schwalm-Eder
Adressat:	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
Betr.:	Teilnahmebedingungen für EU Förderprogramme neu regeln

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern die EU auf, die Bevorzugung privilegierter Partnerländer, die nicht Mitglied der Europäischen Union (EU) sind, zu unterbinden. Konkret wollen wir erreichen, dass nur EU-Mitgliedsländer und privilegierte Partnerländer EU- Förderprogramme beantragen können, wenn sie grundsätzliche Abkommen wie das Freizügigkeitsgesetz/EU akzeptieren und einhalten. Wir fordern, dass die EU einen klaren Kriterienkatalog entwickelt, in dem formuliert ist, ab wann die Beantragung von Mitteln aus Förderprogrammen durch privilegierte Partnerländer möglich ist.

Begründung:
Nach dem “Nein” der Schweizer zum Freizügigkeitsgesetz/EU macht die Europäische Union ernst: Das von 2014-2020 laufende milliardenschwere Forschungsabkommen Erasmus+ wird vorerst auf Eis gelegt. Die Programme umfassen rund 95 Milliarden Euro. Zurzeit nehmen alle 28 Mitgliedsstaaten der EU sowie fünf weitere europäische Länder (Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz, Türkei) am Erasmus+ Programm teil.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	A1
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Land
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialabgaben und für die Bürgerversicherung in den Plänen der SPD wird abgeschafft.

Begründung:

Die Beitragsbemessungsgrenze belastet geringe Einkommen in einem sehr viel höherem Maße als hohe Einkommen und das bei vermeintlich gleichen Leistungen. Deswegen ist sie eine Ungerechtigkeit, die abgeschafft werden muss. Vor allem, weil durch die Mehreinnahmen in Zukunft die Beiträge verringert werden könnten, was alle Einkommen im Verhältnis entlasten würde. Alternativ können Mehreinnahmen auch zum Ausgleich der steigenden Rentenkosten verwendet werden.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	A2
Antragsteller:	Unterbezirk Waldeck-Frankenberg
Adressat:	SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Faire und vergleichbare Jahresgehälter

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür auszusprechen, dass zukünftig in Unternehmen die Einkommensspreizung nicht höher als 1:12 ist, also die bestverdienenste Person höchstens zwölfmal so viel verdient, als die am schlechtesten verdienenste Person in dem selben Betrieb.

Begründung:

Erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	F1
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	BürgerInnen-Energiewende fortsetzen!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

1. Wir sprechen uns strikt gegen eine verpflichtende Direktvermarktung von Ökostrom am Spotmarkt aus und plädieren für den Erhalt der Möglichkeiten, den Strom aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen weiterhin ohne Abzüge über das EEG einzuspeisen und angemessen vergüten zu lassen oder Endkunden direkt mit Ökostrom werthaltig vor Ort zu versorgen. Am Spotmarkt der EEX muss der Strom oftmals unter Wert verkauft werden, vor Ort hingegen können höherwertige und nachhaltige Organisationslösungen wie bspw. im Rahmen von lokalen Stromtarifen oder von Bürgerenergiegesellschaften bzw. -genossenschaften zur Anwendung kommen. Zusätzlich werden dadurch die Stromübertragungsnetze entlastet.
Eine verpflichtende Direktvermarktung führt außerdem dazu, dass bei einem Überangebot an Strom zuerst flexible Solar- und Windkraftanlagen abgeschaltet werden. Unflexible Kohle- und Atommeiler laufen hingegen weiter. Einspeisetarife sind der Motor des EEG. Sie beschleunigen den Ausbau der regenerativen Energien. Direktvermarktung erschwert kleineren Erzeugern wie Genossenschaften, Stadtwerken oder privaten Haushalten den Markteintritt. Stattdessen werden nur noch wenige Direktvermarkter die Marktbedingungen diktieren. Es entstünde ein neues Oligopol am Energiemarkt. Ein weiterer Nachteil der Direktvermarktung ist die Abnahme der Investitionssicherheit. Dadurch steigen die Risikoaufschläge für Kredite und erhöhen so die Kosten der Energiewende.

2. Wir lehnen die Festlegung eines Ausbaukorridors je Technologie und die damit verbundene Einführung eines atmenden Deckels für die Windenergie an Land ab. Windparks haben einen Planungsvorlauf von 3-5 Jahren.
Die Festlegung eines Ausbaukorridors mit atmendem Deckel konterkariert hingegen die essentielle Bedingung der Planungssicherheit für diesen Zeitraum. Dadurch werden vor allem die kleineren, dezentralen Akteure (Energiegenossenschaften und Stadtwerke) unverhältnismäßig benachteiligt und aus dem Wettbewerb gedrängt. Außerdem steigen die Preise für Windparks, weil das Risiko, einen geringeren Vergütungssatz zu erhalten, bei den Planungen und Kostenrechnungen eingepreist werden muss. Das Ziel der Kostenreduktion würde dadurch also konterkariert. Außerdem verlangsamen feste Ausbaukorridore die Energiewende. Nichts destotrotz müssen Windenergie- und Netzausbau an Land in Einklang stattfinden.

3. Wir sprechen uns vehement gegen die Einführung von Quotenmodellen und einer Ausschreibungspraxis für Windparks bzw. EE-Projekte aus! Auch bei einer Realisierung dieses Vorhabens würden die Akteure, welche maßgeblich für regionale Wertschöpfung sorgen, im Wettbewerb mit Großkonzernen und Fonds stark benachteiligt. Der hohe organisatorische Aufwand, die Investitionsunsicherheiten und die nötigen Vorleistungen sind kaum von Bürger-Energiegesellschaften oder kleineren Mittelständlern zu stemmen. Regionale Akteure sind am besten in der Lage nachhaltige und höherwertige Lösungen umzusetzen, auch was die Punkte

Akzeptanz, Vertrauen und Bürgerbeteiligung betrifft. Quotenmodelle sind insgesamt schlecht für das Ausbautempo und die Preisentwicklung. Erfahrungen aus anderen Ländern verdeutlichen dies anschaulich. Auch diese Maßnahme konterkariert also das Ziel der Kostenreduktion der Energiewende.

4. Die im aktuellen Eckpunktepapier berechnete Durchschnittsvergütung täuscht darüber hinweg, wie günstig die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien mittlerweile tatsächlich ist. Die Anfangsvergütung für Onshore-Windenergieanlagen bspw. liegt im Jahr 2014 bei 8,66 Ct./kWh und 4,72 Ct./kWh Grundvergütung. Würde man stärker auf Wind- und Solarstrom an Land setzen, wäre eine durchschnittliche Vergütung von weniger als 10 Ct./kWh zu realisieren. Außerdem werden durch den verbrauchsnahen und dezentralen Ausbau – im Gegensatz zur Förderung von Küstenstandorten – Kosten beim Übertragungsnetzausbau gespart. Daher sprechen wir Jusos uns gegen die massive Förderung von Offshore-Windenergie mit 19 ct./kWh aus. Bei den geplanten Ausbaupfaden würden dadurch im Jahr 2015 bereits über die Hälfte der Förderkosten auf den Ausbau der Offshore-Windenergie entfallen. Diese Art der Förderung einer zentralisierten Energiewende ist also der tatsächliche Kostentreiber, wohingegen eine dezentrale Energiewende gesamtwirtschaftlich effizienter ist und direkt – bspw. über eine Erhöhung der kommunalen Einnahmen und der regionalen Wertschöpfung sowie über finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten und lokale Stromtarife – den Menschen vor Ort zu Gute kommt. Zum Vergleich: Die vom entsprechenden Ministerium berechneten Vollkosten (allerdings ohne die Kosten für externalisierte Umwelt- und Gesundheitsschäden) von neuen Steinkohle- und Gaskraftwerken belaufen sich auf 7 bis 11 Ct./kWh.

5. Wir sprechen uns gegen die Pläne aus, eigenstromversorgende Wirtschafsbetriebe zusätzlich mit der EEG-Umlage zu belasten. Damit würden die Anstrengungen vieler Unternehmen konterkariert, ihren Beitrag zur Energiewende und einer kosteneffizienten Energiebereitstellung zu leisten. Um die dadurch anfallenden Mehrkosten für die EEG-Umlage allerdings zu begrenzen, schlagen wir als Alternative vor, dass diese Unternehmen eine Einspeisegebühr entrichten müssten, wenn sie das Stromnetz nutzen möchten. Außerdem führt die Belastung des Eigenstromverbrauchs mit 4,4 ct/kWh bei Solarstrom nur scheinbar zu einer Reduktion der EEG-Umlage. Für viele Betriebe bedeutet diese Regelung, dass sie den vor Ort produzierten Strom nicht mehr selbst verbrauchen (und damit die Netze nicht mehr entlasten), sondern ihn sich nach EEG vergüten lassen werden. Das bedeutet, dass die Maßnahme zu einer Erhöhung der Umlage führen wird und nicht - wie angestrebt - zu einer Senkung. Auf diese Weise würden Maßnahmen zur 100%-Eigenversorgung von Unternehmen weiterhin wirtschaftlich ermöglicht, die Belastungen für alle Verbraucher allerdings um den Teil der Mehrkosten des überschüssig produzierten Stroms reduziert.

6. Industrieunternehmen und auch Mittelständler (welche teilweise sogar noch zusätzlich von der EEG-Umlage befreit sind) profitieren seit Jahren von den gesunkenen Strompreisen an der EEX. Diese preissenkenden Effekte von Solar- und Windstrom werden von den Energiekonzernen nicht an die Verbraucher weitergegeben. Eine transparente Darlegung, für welchen Preis sie Strom einkaufen und für welchen Preis sie ihn weitergeben, könnte dabei helfen, die öffentliche Wahrnehmung dahingehend zu berichtigen. Um Privathaushalte und die nicht von der EEG-Umlage befreiten Gewerbe- und Industriebetriebe kurzfristig von der gestiegenen EEG-Umlage zu entlasten und dessen Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, könnte stattdessen besser die staatliche Stromsteuer gesenkt oder ein Steuerfreibetrag auf den Grundstrombedarf eingeführt werden. Zusätzlich könnten die Energiekonzerne zur Weitergabe der niedrigen Einkaufspreise für Strom an ihre Kunden verpflichtet werden.

7. Die Höhe der heutigen EEG-Umlage resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Börsenpreisen, ausgeweiteten Industrieausnahmen und den Kosten für die Technologieentwicklung in der Vergangenheit. Die meisten der im Eckpunktepapier vorgeschlagenen Maßnahmen sind keine Antwort darauf, sondern helfen, die im letzten Jahrzehnt angegriffenen, oligopolistischen Strukturen der Energiewirtschaft zu verteidigen und verlorenen Boden zurückzuerobern. Wer es ernst meint mit der Energiewende, muss hingegen

die für deren Fortsetzung maßgeblichen Akteure (Energiegenossenschaften, Privathaushalte, Stadtwerke und Mittelständler der Branche) stärken und beispielsweise das Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) entsprechend novellieren und das Referenzertragsmodell dahingehend verbessern, dass sich auch der Bau von Windenergieanlagen im Süden der Bundesrepublik wirtschaftlich gestalten lässt. Nur so können die zur Finanzierung herangezogenen Bürgerinnen und Bürger endlich selber von den mittlerweile sehr günstigen Technologiepreisen profitieren und eine langfristige bezahlbare und ökologisch verantwortliche Energieversorgung etablieren helfen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	F4
Antragsteller:	Arbeitsgemeinschaft Marburg
Adressat:	Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesparteitag
Betr.:	Steuerhinterziehung verfolgen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die nordhessischen Jusos fordern die genannten SPD-Gremien dazu auf, sich für die Abschaffung der strafbefreiten Selbstanzeige einzusetzen. Im deutschen Recht gibt es keine vergleichbare Regelung bei anderen Straftaten, außer im Fall der Steuerhinterziehung! Wir lehnen die Privilegierung von Steuerstraftaten als Art "Kavaliersdelikt" ab! Des Weiteren sollen die Strafrechtlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, das es nicht mehr zu einer Verjährung des Deliktes der Steuerhinterziehung nach fünf Jahren kommen kann, bzw. bei besonders schweren Steuerstraftaten es zu einer strafrechtlichen Verjährung von zehn Jahren kommen. Es darf keine Verjährung von Steuerschulden und kein verjähren von Steuerflucht geben. Nachzahlungen sollen sich auf die gesamte Summe der nicht versteuerten Einkünfte beziehen. SteuerstraftäterInnen, welche sich selbst anzeigen müssen neben der verzinsten Steuernachzahlung eine Geldstrafe von mindestens 25 % der hinterzogenen Steuern zahlen. SteuerstraftäterInnen, welche sich nicht selbst angezeigt haben, müssen zusätzlich zu einer evtl. anfallenden Freiheitsstrafe mindestens eine Geldstrafe in der Höhe der hinterzogenen Steuern zahlen
Die Finanzämter in den Ländern sind personell so auszustatten, dass die Strafverfolgung gewährleistet ist.

Begründung:
Es ist wieder in aller Munde, dank Hoeneß und Schwarzer, wie auch dem Ankauf von Kundendaten Schweizer Banken - das Thema Steuerhinterziehung wird wieder Salonfähig, quasi ein Kavaliersdelikt aus dem man sich freikaufen kann sofern man genügend Geld und lang genug hinterzogen hat.
Jahr für Jahr entgehen dem deutschen Fiskus knapp 30 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung - das schätzt Dieter Ondracek, Chef der Deutschen Steuergewerkschaft. Steuerhinterzieher schaden aktiv der Gesellschaft, schaden dem Staat und dem Vertrauen, dass Bürger dem Staat entgegenbringen, im Sinne von Gerechtigkeit und Gleichheit.
Es darf nicht sein, dass Steuerhinterziehung als eine Art Kavaliersdelikt akzeptiert wird in unserer Gesellschaft, das Bürger die dieses Verbrechen bewusst begehen durch das zahlen einer Geldstrafe sich "freikaufen" können und dürfen. Es darf nicht sein dass auch weiterhin Jahr für Jahr der Otto-normal Bürger*innen seinen/ihren Teil zur Allgemeinheit beiträgt während einige wenige sich erdreisten sich zu enthalten und doch die Dienstleistungen unserer Gesellschaft wahr zu nehmen.
Warum sollte die Allgemeinheit die Steuern zahlt, Mitbürger dulden die die Allgemeinheit anscheinend nicht genug schätzen um Ihren Teil zur Gesellschaft und zum Staat beizutragen? Wir wollen und müssen die Anzahl der Steuerhinterzieher reduzieren um unsere Gesellschaft zu stärken. Dafür müssen deutliche Signale und Impulse gesetzt werden, eine Verschärfung der derzeitigen Gesetzeslage soll dafür einen deutlichen Anreiz geben!

☐ angenommen

42 ☐ abgelehnt
43 ☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag
Betr.:	Das Maß muss Menschlichkeit sein – Asylpolitik ist Menschenrechtspolitik

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das Maß muss Menschlichkeit sein - Asylpolitik ist Menschenrechtspolitik

Der Umgang in Deutschland mit Flüchtlingen, also Asylberechtigten und Asylsuchenden ist in weiten Teilen beschämend. Zum einen ist es der gesellschaftliche Umgang inakzeptabel. Flüchtlinge sehen sich allzu häufig mit dem Vorurteil des Asylmissbrauchs konfrontiert, werden ausgegrenzt und von manchen Gruppen sogar verfolgt. Dabei handelt es sich bei den Zufluchtsuchenden nicht um Glücksritter, die allein aus Grund eines Tapetenwechsels die Strapazen einer Flucht voller Gefahren aussetzen. Vielmehr sind es Menschen, die dort, wo sie leben, keine Zukunft mehr für sich sehen.
Diese Vorurteile spiegeln sich zum anderen auch in der bundesdeutschen Gesetzgebung wider. Ausländerrecht ist Abwehrrecht und zwingt den meisten Flüchtlingen eine erniedrigende Behandlung und Misstrauen auf. Das trifft natürlich nur auf diejenigen zu, die es überhaupt nach Deutschland schaffen; Die einzige Möglichkeit nach Deutschland zu flüchten, besteht auf direktem See- oder Luftweg aus einem unsicheren Staat. Für diejenigen, die aus einem sogenannten "sicheren" oder "Nichtverfolgerstaat" einreisen, gilt die "Drittstaatenregelung", die besagt, dass jeder dorthin zurückgeführt wird. Diese Regelung besteht unter dem Namen "Dublin II" europaweit, auf Druck Deutschland. Das bedeutet, dass die Länder am geographischen Rand Europas dem Zuzug kaum gerecht werden, während die mitteleuropäischen Länder sich unsolidarisch zurücklehnen.

Wir Jusos fordern von der Europäischen Union:

- Dublin II abschaffen - die Drittstaatenregelung muss fallen!
Für in Deutschland oder in Europa nach Asyl Suchende gilt die sog. „Drittstaatenregelung“, die besagt, dass man kein Anrecht auf Asyl hat, wenn man aus einem sog. sicheren bzw. „Nichtverfolgerstaat“ einreist. Im Regelfall wird man dorthin wieder „zurückgeführt“. Diese Regelung ist nicht nur zum Nachteil der Asylsuchenden, sondern auch für jene Länder, die eine EU-Außengrenze haben. Die EU-Union verhält sich hier unsolidarisch ggü. ihren Mitgliedern und trägt dies auf dem Rücken der Asylsuchenden aus. Eine Abkehr von dieser Praxis ist längst überfällig!

- Zuwanderung humanisieren!
Wir fordern nicht nur die Abschaffung von Dublin II, sondern auch legale Zuwanderungsmöglichkeiten und Aufnahmequoten für Flüchtlinge, je nach Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten. Hierzu gehört auch ein europäischer Leistungsstandard für Flüchtlinge!

Wir Jusos fordern von der Bundesregierung:

- Deutsch- und Integrationskurse für ALLE Flüchtlinge, auch für Asylbewerber und Geduldete!

Integration ist für uns ein Menschenrecht, das allen zustehen sollte! Auch wenn Flüchtlinge hier nur vorübergehend bleiben dürfen, müssen sie die Möglichkeit haben, Anschlussmöglichkeiten zu bekommen!

- uneingeschränktes und diskriminierungsfreies Arbeitsrecht für ALLE Flüchtlinge nach drei Monaten

Für ein würdiges Leben gehört es auch, nicht nur von staatlichen Leistungen zu leben, sondern selber für den eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können. Außerdem versagt Deutschland so auch der Wirtschaft Chancen, geeignete Zugezogene in ihren Betrieben zu beschäftigen.

- Abschiebestopp für Geduldete

Die bisherige Duldungspraxis ist unzumutbar! Menschen den Asylstatus zu verwehren, aber im gleichen Atemzug zu sagen, dass man sie vorerst nicht abschiebe, da sie in ihrer Heimat gegebenenfalls verfolgt werden könnten, ist nicht nur schizophren, sondern unmenschlich! Wir fordern eine Reform des Geduldeten-Status, in der es keine Residenzpflicht, keine lediglich dreimonatige Verlängerung gibt, sondern in der Recht auf Arbeit und Integration, sowie die Möglichkeit auf eine Staatsbürgerschaft nach drei Jahren verbrieft werden!

- eine Reform Asylbewerberleistungsgesetz samt Verbot der Leistungsgutscheine und der dauerhaften Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

Nach derzeitiger gesetzlicher Lage können Kreise und Städte die Leistungen an Asylsuchende in Form von Gutscheinen erbringen. Diese können in örtlichen Läden in Waren umgetauscht werden, Wechselgeld darf aber bis auf minimale Summen im Regelfall nicht ausbezahlt werden. Neben der Umständlichkeit, alle nötigen Anschaffungen in ein bis zwei Einkäufen unterzubringen, grenzt es die Asylsuchenden aus. Ähnliches gilt auch für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, die in vielen Bundesländern keine Übergangslösung, sondern eine Dauerlösung sind. Meist sind diese Einrichtungen nicht in der üblichen Wohnbebauung, was die Zugezogenen räumlich ausgrenzt.

- die Übernahme aller mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbundenen Kosten durch den Bund

Bisher werden Leistungen durch den Bund erbracht, die die Länder an die Städte und Kreise weiterleiten. Diese Kosten reichen im Regelfall nicht aus und sehen bisher keinerlei Integrations- und Betreuungsleistungen vor. Städte und Kreise sind mit den Kosten meist überfordert, was entweder mit Zinsen oder schlechten Leistungen ggü. den Zugewanderten gezahlt wird. Wir sehen hier die Länder und vor allem den Bund in der Pflicht, die Kommunen nicht hängen zu lassen um so eine menschenwürdige und dezentrale Unterbringung zu ermöglichen.

- Schweigepflicht für Sozialversicherungen bei Statusfragen um Illegale in die Sozialversicherungen einzugliedern

- Die Abschaffung von Asylverfahren an Flughäfen

Neben dem Seeweg ist die Einreise per Flugzeug beinahe die einzige Möglichkeit in Deutschland Asyl zu beantragen. Die an Flughäfen angewandte Praxis, Asyl direkt am Flughafen zu versagen und die Rückführung (Abschiebung) durchzuführen ist unmenschlich und kann den Asylsuchenden unmöglich gerecht werden.

-Einen angemessenen Zugang zur Gesundheitsversorgung für AsylbewerberInnen

Es muss sichergestellt werden, dass AsylbewerberInnen eine menschenwürdige Versorgung in Anspruch nehmen können, ohne aufgrund ihres Status benachteiligt zu werden. Außerdem müssen präventive Maßnahmen auf Dauer gestärkt werden, um so die Notwendigkeit von kurativen Behandlungen zu verringern.

Wir Jusos fordern vom Land Hessen:

- eine angemessene Finanzierung der Unterbringung an die Kommunen

Das Land hat die Aufgabe der Unterbringung der AsylbewerberInnen an die Kommunen abgegeben. Dafür erhalten diese unzureichende finanzielle Unterstützung. Um die 400€ pro BewerberIn werden gezahlt. Kosten der Gesundheitsversorgung werden erst ab 10.000€ durch das Land übernommen. Das Land muss die Kommunen nun endlich für die Übernahme der Verantwortung angemessen bezahlen.

Wir Jusos fordern von den hessischen Städten und Landkreisen:

- eine humanitäre Unterbringung der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen

Die Kommunen müssen Unterkünfte zur Verfügung stellen, die der Würde der Menschen angemessen ist. Das ist leider in der Vergangenheit nicht immer geschehen.

- eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen

Massenunterkünfte unterbinden Integration! In Massenunterkünften bleiben die Asylsuchenden und Flüchtlinge unter sich. Zu einem Austausch zur Aufnahmegesellschaft kommt es selten. Zudem sind die Lebensbedingungen in den Unterkünften meist miserabel und nicht menschenwürdig. Vor allem die häufigen Traumen der einzelnen Menschen finden in Massenunterkünften keine Berücksichtigung.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G3
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Vorratsdatenspeicherung ablehnen!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Der Juso-Bezirk Hessen-Nord lehnt jedwede Form der voraussetzungslosen Vorratsdatenspeicherung als unverhältnismäßig gravierenden Grundrechtseingriff ab. Vorratsdatenspeicherung bedeutet einen unzumutbaren Eingriff in die Privatsphäre der Menschen und stellt alle BürgerInnen unter unbegründeten Generalverdacht. Eine Partei, welche für BürgerInnenrechte und menschliche Würde stehen will, darf diesen Weg nicht mitgehen und sollte sich strikt dagegen aussprechen.

Begründung:

Mit den durch die Vorratsdatenspeicherung zu erhebenden Metadaten lassen sich komplexe Persönlichkeitsprofile erstellen, deren Missbrauch niemand sicher ausschließen kann. Die Enthüllungen u.a. durch Edward Snowden, welche im Jahr 2013 zur globalen Überwachungs- und Spionageaffäre geführt haben, zeugen eher vom genauen Gegenteil.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G4
Antragsteller:	Unterbezirk Fulda
Adressat:	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Datenschutzartikel ins Grundgesetz

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD möge sich in der Großen Koalition für das Hinzufügen eines Datenschutzartikels zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Hier soll es um das Recht aller Bürger*innen gehen, über die Preisgabe und Verwendung ihrer persönlichen Daten zu bestimmen.

Begründung:

Die Einführung eines Datenschutzartikels im Grundgesetz halten wir für sinnvoll, da das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein Grundrecht ist, das jedem Bürger zusteht.
An Datenkraken wie Google und Facebook aber auch an der NSA-Affäre können wir erkennen, dass eine solche Reaktion längst überfällig ist. Besonders in Zeiten der digitalen Revolution ist es wichtig, der Entwicklung des Internets zu einem rechtsfreien Raum und dem Missbrauch von Daten unserer Bürger*innen durch Netzkriminelle entschieden entgegenzuwirken. Internetnutzer*innen sind der sowohl der Datensammelwut, als auch einzelnen Verbrecher*innen im Netz häufig schutzlos ausgeliefert und benötigen daher besonderen Schutz durch den Staat.
Unternehmen wie Google und Facebook sammeln alle Daten ihrer Nutzer und geben diese auch an Dritte weiter. Über einen längeren Zeitraum entsteht so eine riesige Datenmenge einzelner Personen, aus der man problemlos Rückschlüsse auf fast die gesamte Lebensweise der Nutzer*innen ziehen kann. Auch die Geheimdienste einiger Länder speichern diese Daten und erstellen Persönlichkeitsprofile. Hier wird nicht nur das Recht des Menschen auf Privatsphäre verletzt, sondern es werden auch auch unverzichtbare Bestandteile der Demokratie angegriffen. Wenn ein Staat oder eine Institution zu viel über die Menschen weiß kann er/sie Einfluss auf deren Leben nehmen. Der Überwachungsstaat, mit dem wir in der Vergangenheit schon einige schlechte Erfahrungen gemacht haben, beginnt Realität zu werden und gefährdet die Freiheit der Bürger*innen.
Die SPD sollte sich daher im Bundestag dafür einsetzten, dass ein solcher Artikel verabschiedet wird. Da dieser Prozess eine Änderung der Verfassung darstellt, könnte die Koalition von ihrer großen Mehrheit Gebrauch machen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G6
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Landesparteitag, Landeskonferenz
Betr.:	Neuer Feiertag

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Es soll ein "Tag der Kulturen, der Vielfalt und der Religionen“ eingeführt werden.

Begründung:
Im Zuge einer globalisierten Welt, in der die Grenzen sich für immer mehr Menschen aus allen Teilen der Welt öffnen, ist es unabdingbar, dass ein den christlichen Feiertagen gleichgestellter Feiertag „für alle“ eingeführt wird.
Dieser "Tag der Kulturen" soll eine integrative Aufgabe erfüllen und deutlich machen, dass Vielfalt, Toleranz und gegenseitiger Respekt Teil unserer modernen Gesellschaft sind.
Zugegeben wäre dies mehr symbolisch denn tatsächlich ein Schritt hin zu einem gleichberechtigten Umgang miteinander, doch es unterstreicht den Anspruch Deutschlands, Einwanderungs- und Integrationsland zu sein.
Schon lange pochen Verbände der jüdischen Gemeinden und der muslimischen Mitbürger auf einen eigenen "ihren" Feiertag.
Ein Tag der Kulturen würde aber weg gehen von "Mein-Dein-Ihre" hin zu einem "Unser".
Ein neutraler, nicht wertgeladener Feiertag ist in einem Land wie Deutschland schon lange überfällig.

Dieser Feiertag würde unterstreichen, für was wir SozialdemokratInnen einstehen. Gleiche Rechte und Gleichbehandlung für alle, ganz gleicher welcher Herkunft und welchen Glaubens. Ein Tag für alle, die Deutschland ihre Heimat nennen.

Wir fordern deshalb die Einführung eines solchen Feiertages unverzüglich. Dabei ist dem Rechnung zu tragen, dass der Bedeutungsverlust der Kirchen in Deutschland ungemindert voranschreitet, und so ein Feiertag der bisher alleine christlich belegt ist, erweitert wird, hin zu einem Feiertag für alle Deutschen und jene, die sich deutsch fühlen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G7
Antragsteller:	Unterbezirk Waldeck-Frankenberg
Adressat:	SPD-Landesparteitag, Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion
Betr.:	Staat statt Kirche

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür auszusprechen, dass der Staat in Zukunft die 100 Prozent-Finanzierung von kirchlichen Kindergärten und Schulen vermeidet.
Es soll geprüft werden, inwieweit ein Zuschuss sinnvoll ist und wie hoch dieser in Zukunft ausfallen soll. Die Kirche sollte aber in finanzielle Mitverantwortung genommen werden. Andernfalls wird der finanzielle Zuschuss an Mitbestimmungsrechte gekoppelt. Wir lehnen das Tendenzarbeitsrecht ab!“

Begründung:

Erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G8
Antragsteller:	Unterbezirk Fulda
Adressat:	Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress
Betr.:	Rundfunkbeitragsbefreiung für Studierende, Azubis und Beschäftigte in jeglichen Freiwilligendiensten

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Studierende und Auszubildende generell vom Rundfunkbeitrag befreit werden, unabhängig davon, ob sie BAföG beziehen oder nicht.

Begründung:
Der seit dem 01.Januar 2013 geltende Rundfunkbeitrag besteht für jeden Haushalt in Deutschland aus einem Pauschalbetrag in Höhe von 17,98 Euro monatlich, ganz gleich wie viele Personen in diesem Haushalt leben und welches Einkommen diese haben. Von den Gebühren werden unter anderem Studierende und Auszubildende befreit, welche Unterstützungen durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten.
Studierende und Auszubildende, die kein BAföG beziehen, als auch Beschäftigte in jeglichen Freiwilligendiensten, müssen den Beitrag jedoch zahlen. Zu bedenken ist allerdings, dass die BAföG-Berechnung, die u.a. das Einkommen der Eltern berücksichtigt, nicht unbedingt viel darüber aussagt, wieviel Geld den Studierenden bzw. Auszubildenden tatsächlich zur Verfügung steht. Durch den Rundfunkbeitrag werden sie deshalb in ihrem ohnehin meist begrenzten Budget zusätzlich stark belastet. Ebenfalls belastet werden Beschäftigte in jeglichen Freiwilligendiensten, die monatlich nur über ein „geringes Einkommen“ (Taschengeld) verfügen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G 10
Antragsteller:	Arbeitsgemeinschaft Marburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress
Betr.:	Stopp der Beihilfe zur Tötung in Übersee

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir als Jusos fordern, dass es keine Weitergabe von Meta-Daten oder Handy-Daten geben darf an Länder, die gezielte Tötungen durchführen oder an Länder, die sich in einem militärischen-Bündnis befinden mit Ländern, die gezielte Tötungen durchführen.

Begründung:

Der BND leitet Handy-Daten an Militär-Behörden der USA weiter. Handy-Daten werden von den USA genutzt um Bewegungsprofile von Zielpersonen zu erstellen um in Anschluss via Drohne diese Menschen gezielt zu töten in mehreren Ländern wie z.B. Pakistan, Afghanistan und Jemen.
Es gibt Berichte darüber aus mehreren Quellen, dass bei diesen gezielten Tötungen nicht nur die gezielten Personen verstarben, sondern auch Angehörige, Frauen und Kinder.
Es besteht die Möglichkeit, dass wir als Bundesbürger durch das Zulassen dieser Weitergabe zu Handlangern werden, im Krieg gegen eine Zivilbevölkerung die nicht mal die Chance hatte auf ein Verfahren oder eine Anklage.
Wie können wir als Gesellschaft es verantworten, dass unsere Steuermittel und unsere Nachrichtendienste zu Handlangern in der gezielten Ermordung von Personen gemacht werden deren einziges nachweisbares vergehen es war ein Angehöriger eines Terrorverdächtigen zu sein? Wie können wir es verantworten, dass wir als Nation auch weiterhin daran festhalten wollen Daten die dafür genutzt werden können weiterzuleiten?
Deshalb darf es keine Weitergabe und Ermittlung von Meta-Daten für Drittstaaten geben.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	I1
Antragsteller:	Unterbezirk Fulda
Adressat:	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	0,7-Prozent-Ziel endlich verwirklichen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Bereits 1970 formulierten die Vereinten Nationen das Ziel, dass alle Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Offizielle Entwicklungshilfe aufwenden sollen. Deutschland bekennt sich zu diesem Ziel, ist von seiner Erfüllung jedoch weit entfernt und liegt nur bei knapp über der Hälfte.
Die SPD darf sich, wenn sie sich als soziale und global denkende Partei definiert, nicht weiter mit Worthülsen zufriedengeben. Das 0,7-Prozent-Ziel darf nicht mehr als wünschenswerter Idealzustand vor sich hergetragen werden, sondern muss endlich umgesetzt werden. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass noch während der aktuellen Legislaturperiode im Bund die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, sodass die Bundesrepublik bis spätestens 2017 das Ziel erfüllt und ihrer internationalen Verantwortung nachkommt – einige unser europäischen Partnerländer haben es längst vorgemacht. Nach der Umsetzung des 0,7%-Ziels fordern wir die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung in den Treffen der Vereinten Nationen auf, zu prüfen, ob die 0,7%, die 1970 gefordert wurden, heute noch ausreichend sind.

Begründung:,

„Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem Ziel durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Bundeshaushalts annähern. Wir wollen Deutschland weiter auf einen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen.“ (Deutschlands Zukunft gestalten – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Seite 181)
Die im Koalitionsvertrag formulierten entwicklungspolitischen Abschnitte sind insgesamt zu begrüßen und geben Anlass zur Hoffnung, dass zumindest die Richtung wieder stimmt. Es bedarf jedoch keiner allzu großen Anstrengung, zu sehen, dass trotz der Erhöhung der Mittel das 0,7-Prozent-Ziel weiterhin deutlich verfehlt und sich der Anteil bestenfalls bei gut 0,4 Prozent einpendeln wird. Für ein wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt dies ein Armutszeugnis und eine offensichtliche Ignoranz der Verantwortung für die Menschen in der Welt. Mehreren europäischen Ländern ist es längst möglich, das Ziel zu erfüllen, auch andere „Große“ wie das Vereinigte Königreich (knapp 0,6 Prozent) und Frankreich (knapp 0,5 Prozent) sind Deutschland weit voraus – es gibt keine Ausreden mehr. Zweifellos ist das Ziel keineswegs der einzige, vielleicht nicht einmal der wichtigste Indikator für eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklungspolitik; jedoch ist es Grundlage für einen Großteil der weitergehenden Zusammenarbeit in diesem Politikfeld und zudem Symbol dafür, wie ernst es uns mit der globalen Entwicklung ist.
Einen lesenswerten Hintergrund, der insbesondere die zuletzt enttäuschende Rolle unserer Partei hinsichtlich der Thematik wiedergibt, bildet die Erklärung Dr. Sascha Raabes zu seinem Abschied als entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: *http://www.sascha-raabe.de/meldungen/29823/152503/Erklaerung-zum-Abschied-als-entwicklungspolitischer-Sprecher.html*

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	L1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag
Betr.:	Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!
Die Landwirtschaft ist weiter ein wichtiger Sektor unserer Wirtschaft, vor allem in ländlich geprägten Gegenden. Sie zu gestalten gibt die Chance unsere Welt ökologischer, nachhaltiger, fairer und sozialer zu gestalten. Daher wollen wir Landwirtschaftspolitik neu denken und ihr Potenzial für eine bessere Welt nutzen.

Tierhaltung und Tierschutz
Die heute genutzten Legehennen sind nur auf Legeleistung gezüchtet und setzten weniger und langsamer Fleisch an. Weil Hähne keine Eier legen können, werden die männlichen Küken direkt nach dem Schlupf getötet, in der Regel durch Vergasen oder Schreddern. Mögliche Alternativen sind die Hähne zu mästen und die geringen Erlöse durch höhe Preise für die Eier aus zu gleichen (Geschwisterküken Projekt). Z.B. Auf 14 Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern werden die männlichen Tiere gemästet und nach 17 Wochen geschlachtet, die Eier der Schwestern werden dadurch 3 Cent teurer (Die Welt 21.08.2012). Außerdem können Zweinutzungsrassen eingesetzt werden, bei diesen Rassen dienen die weiblichen Tiere zu Eierproduktion und ihre Brüder zur Mast, hier für eignen sich beispielsweise alte Rassen (br Abendschau 28.10.2013). Inzwischen besteht die Möglichkeit vor der künstlichen Befruchtung bei Rindern das Sperma so zu behandeln, dass nur noch weibliche Kälber geboren werden. Diese Praxis überschreitet ethische Grenzen, der Mensch entscheidet hier aktiv welches Geschlecht zu Welt kommt.

Wir fordern
- Solche Projekte (bspw. Geschwisterküken-Projekt) sind zu fördern.
- Vermehrt auf Zweifachnutzung zu züchten
- Das Sexen zu verbieten

Männliche Ferkel werden in der Regel wenige Tage nach der Geburt kastriert, Fleisch von unkastrierten Ebern hat einen unangenehmen Geschmack und lässt sich kaum vermarkten. Außerdem müssten die Tiere sonst von den Weibchen getrennt werden und sind aggressiver. Die Kastration wird auf konventionellen Betrieben in der Regel ohne Betäubung durchgeführt, das ist mit großen Schmerzen für die Tiere verbunden. An den Tieren werden zudem andere Eingriffe durchgeführt. Schweinen werden die Schwänze gekürzt und Hühnern die Schnäbel. Beides sind Körperteile, die schmerzempfindlich sind. Die Eingriffe sind nur notwendig, weil die Haltungsbedingungen schlecht sind. Hühner reißen sich gegenseitig die Federn aus, weil ihr Bedürfnis zu picken und zu scharren nicht befriedigt wird und es an Beschäftigung fehlt. Ähnliches gilt für Schweine, die intelligenten Tiere beißen sich aus Langeweile gegenseitig in die Schwänze. Die Tiere haben oft sehr wenig Platz. Die Tiere können sich nicht aus dem Weg gehen. Vor einigen Jahren wurde die Käfighaltung für Legehennen abgeschafft, aus Angst vor der Vogelgrippe wurde der Ausgestallterkäfig bzw. die Kleingruppenhaltung eingeführt, das

Platzangebot und die Lebensqualität wurden nicht erhöht. Kälber werden einige Wochen nach der Geburt, durch ausbrennen der Hornansätze enthornt. Meistens ohne Betäubung.

Wir fordern

- Das Kürzen von Schnäbeln und Schwänzen zu verbieten.
- Den Tieren sind alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu verfügen zustellen, dazu gehört zum Beispiel Einstreumaterial, Strohballen, Kauketten, Bälle Raufutter (Silage, Heu) und Körner zum picken.
- Eine Betäubungspflicht bei Kastrationen und Enthornungen einzuführen
- Das Mindestplatzangebot zu erhöhen. Zur Orientierung kann die EU-Ökoverordnung dienen.
- Die Haltungsform Kleingruppenhaltung/ausgestalteter Käfig bei Legehennen ist ersatzlos abzuschaffen.

Die meisten in der modernen Nutztierhaltung eingesetzten Tiere gehören zu wenigen Hochleistungsrassen. Alte Rassen werden zunehmend verdrängt, diese haben oft einige Vorteile z.B. eignen sie sich als Zweinutzungsrassen und kommen besser mit den Bedingung der ökologische Landwirtschaft aus, als Hochleistungsrassen. Sie können dazu dienen den engen Genpol der heute genutzten Rassen zu erweitern. Außerdem haben sie einen gewissen kulturellen Wert, da sie schon lange genutzt werden.

Wir fordern

- Die Haltung und die Zucht alter Rassen zu fördern.
- Zunehmend auch Zweinutzungsrassen zu nutzen

In der konventionellen Tierhaltung ist es teilweise üblich die Tiere ohne Einstreu zu halten. Einstreu erhöht den Liegekomfort. Bei großen Tieren wie Rindern verursacht das Ablegen auf harten Boden große Schmerzen. Der Lebensraum der Vorfahren unserer Nutztiere hatte in der Regel ebenfalls einen weichen Untergrund und war rutschfest. Zum Beispiel fällt es Rindern schwer sich auf Spalten- oder planbefestigten Boden zu kratzen, weil sie wegrutschen. Außerdem kann das Einstreumaterial zur Beschäftigung dienen. Um die Tiere auch bei großem Tierbesatz gesund zu halten, wird im großen Maß Antibiotika eingesetzt. Der Einsatz erfolgt zum Teil prophylaktisch. Sind Einzeltiere erkrankt wird der gesamte Bestand behandelt. Das Medikament wird ins Futter oder Trinkwasser gemischt. Zum Teil wird es auch als Wachstumsförderer eingesetzt. Der hohe und nicht gerichtete Antibiotikaeinsatz führt zur Ausbildung von Resistenzen. Die Bakterien lassen sich nicht mehr durch Antibiotika behandelt, das führt zu großen Problemen in der Tier- und Humanmedizien.

Wir fordern

- verpflichtend ein Teil des Stalles eingestreut werden muss. Die Einstreu muss sauber gehalten werden und ein bequemes Abliegen ermöglichen
- den Antibiotikaeinsatz einzuschränken.
- Die Behandlung muss nach Möglichkeit zielgerichtet durchgeführt werden.
- Der Einsatz als Wachstumsförderer ohne Krankheitsanzeichen zu verbieten.
- Diese Gesetze müssen durch eine unabhängige Institution überwacht werden.

Pflanzenbau und Naturschutz

Laut dem Statistischem Bundesamt lag die Maisanbaufläche bei 2.036.800 ha (http://de.statista.com Stand 18.01.14). Mais bringt einige Probleme mit sich, die Flächen liegen einen großen Teil des Jahres brach. Der Boden wird nicht mehr von Wurzeln gehalten und wird abgetragen (Erosion). Der fruchtbare Oberboden (A-Horizont) geht unwiederbringlich verloren und die Fläche ist im extrem Fall nicht mehr für die Landwirtschaft geeignet. Mais ist eine Humus zehrende Kultur, Humus stabilisiert den Boden und trägt zu Bodenfruchtbarkeit bei. Außerdem werden durch Monokulturen, nicht nur Mais, Krankheiten gefördert. Durch geringe genetische Vielfalt wird dieser Prozess noch verstärkt. Und die erforderliche Menge an Pflanzenschutzmitteln erhöht. Durch den Einsatz von Insektiziden werden alle Insekten

geschädigt, darunter auch seltene Arten und Nützlinge wie Bienen. Mittel wie Glyphosat werden zudem teilweise genutzt, um die Erntereife von Nutzpflanzen vorzuziehen. Damit geht eine unnötige Schädigung des Bodens und Belastung der Endprodukte einher. Die heutige Landwirtschaft bietet kaum Platz für wilde Tiere und Pflanzen. Die Landschaft besteht aus riesigen Offenlandschaften in der sich, bis auf Raps keine blühenden Pflanzen finden lassen. Durch das Pflanzen von Hecken können Ruckzugsplätze geschaffen werden, Blühstreifen und Leguminosengrasgemenge dienen als Nahrung für Insekten. Hecken dienen zusätzlich als Erosionsschutz, weil sie den Wind abfangen. Bei den Kulturpflanzen sind nur wenige Sorten von Bedeutung, durch den engen genetischen Pool werden Krankheiten gefördert, weil die Pflanzen für die selben Krankheitserregerstämme anfällig sind. Besonders in den Gebieten mit einem hohen Tierbesatz, wie zum Beispiel Niedersachsen, kommt es zu Überdüngung. Obwohl schon Gülle im ausreichenden Maße ausgebracht wurde, wird zusätzlich mit Mineraldünger gedüngt. Die überschüssigen Nährstoffe werden ausgewaschen. Das führt zu einer hohen Nitratbelastung des Trinkwassers. Außerdem werden die Flüsse und Meere gedüngt, was zu einen extremen Algenwachstum führt. In kleinem Maßstab gibt es auch in Deutschland biologisch-vegane Höfe. Da allerdings die konventionelle Landwirtschaft mit viel Düngemittel sowie Tierfabriken sehr dominant ist, wird in diesem wichtigen Bereich einer neuen Landwirtschaft wenig geforscht, wodurch die Anwendungsmöglichkeiten künstlich begrenzt werden. Wir wollen eine intensivere Forschung in diesem Bereich unterstützen.

Wir fordern:

- Eine Pflicht zum Einhalten einer Fruchtfolge einzuführen und die gleichzeitige Nutzung von mehreren Feldfrüchten in einem Betrieb zu fördern
- Die Nutzung von Sortenmischungen und Resistenzvielfalt zu fördern
- Maßnahmen zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und Humusaufbau, wie den Zwischenfruchtanbau zu fördern
- Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu beschränken, insbesondere den Einsatz von Glyphosat
- Das auf die Flächen nur die Menge an Nährstoffen ausgebracht werden dürfen, die auch entzogen wurden.
- Die Förderung für Agrar- Umwelt Maßnahmen auszubauen
- Wildwuchsstreifen am Rande von Ackern ausweiten
- Eine Professur für pflanzliche Landwirtschaft soll am Fachbereich Agrarwissenschaften der Universität Kassel in Witzenhausen eingerichtet werden

Energie, Ernährung und Welthandel

Für die Versorgung von landwirtschaftlich genutzten Tieren werden große Mengen Futter importiert. Laut Bauernverband (2012 http://www.bauernverband.de) waren es 2009-2011 in der EU durchschnittlich 32 Mio. t Futtermittel (ohne Getreide), davon 22-23 Mio. t Soja, meist aus Brasilien. Nach Deutschland kamen 6,6 Mio. t, angebaut auf 1,8 Mio. ha, das entspricht 10% der deutschen Nutzfläche (Wiesen, Weiden und Felder). Für den Anbau wurden große Flächen Regenwald gerodet und Menschen umgesiedelt. Durch den Handel kommt es auch zu einem enormen Entzug von Nährstoffen dort und einen Überschuss hier. Zudem ist ein großer Teil des Sojas gentechnisch verändert. Die Risiken der Gentechnik sind nicht abzuschätzen. Die Gentechniklobby argumentiert zwar, dass es in den USA, wo gentechnisch veränderte Lebensmittel zugelassen sind, keine Krankheitsfälle gibt. Allerdings gab es bei diesem „Versuch“ keine Versuchsgruppen und keine vernünftige Auswertung. Gentechnisch veränderte Pollen breiten sich unkontrolliert aus. Es ist bereits zu Auskreuzungen gekommen und es wurden veränderte Gene auch dort gefunden, wo sie nicht ausgesät wurden. In diesen Fällen mussten betroffene Landwirte teilweiße Strafen zahlen, weil sie die Pflanzen ohne Genehmigung „angepflanzt“ haben. Die Ziele der Gentechnik wurden nicht erreicht. Die Ernährungssituation in den sogenannten Entwicklungsländern wurde nicht verbessert. Zwar sollte durch „golden Rice“ die Vitamin-A- Versorgung verbessert werden, allerdings ist durch die schlechte Ernährungssituation die Vitaminaufnahme reduziert, Vitamin A ist ein fettlösliches Vitamin. Außerdem würde der Bedarf auch durch den Verzehr von ungeschältem Reis gedeckt

werden, dieser ist aber wenig beliebt. In Indien wurden Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihrer Existenz beraubt. Sie hatten in gentechnisch veränderte Baumwolle investiert, die in Indien nicht wuchs und deren Wiederaussaat verboten wurde. Eine weitere gentechnische Veränderung war das Einbringen des Bt-Toxins in die Pflanzengenetik, dadurch besteht die Gefahr das Insekten gegen Bt-resistent werden und bt als, auch im ökologischen Landbau zugelassenes, Insektizid unwirksam wird. Durch Gentechnik steigt der Einfluss der großen Agrarkonzerne. Die Firma Monsanto entwickelte Pflanzen, z.B. Soja und Raps, die gegen ihr total Herbizid round up resistent sind (round up ready), dadurch sollte der Herbizideinsatz reduziert werden, in der Realität ist er gestiegen. 2012 wurden 962.000 ha für den Anbau von Energiepflanzen, überwiegend Mais, für Biogasanlagen genutzt, das sind etwa 5,7% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Außerdem werden für Agrarsprit große Mengen an Palmöl importiert, auch hierfür wird Regenwald gerodet und indigen Völker werden vertrieben.
Würden sich 9 Milliarden so ernähren wie die Menschen in den Industriestaaten, bräuchten wir noch eine zweite Erde, die wir nicht haben. In China wollen und können sich immer mehr Menschen so ernähren wie hier. Die USA und die EU planen gerade ein Freihandelsabkommen. Dadurch könnten gentechnischveränderte Lebensmittel, Fleisch von geklonten Tieren, im Chlorbad gereinigte Hähnchen und ähnliche in den USA zu gelassene Lebensmittel in die EU gelangen. Der Bundesfinanzhof entschied 2006 (V R 49/04) das Sojamilch, Hafermilch, Reismilch etc. mit dem regulären MwSt-Satz besteuert werden muss. Dies wird auch noch u.a. begründet mit "[...] Absatzmöglichkeiten für Milcherzeugnisse zu erweitern, zu erreichen, während eine Steuerermäßigung für Milchersatzprodukte dem entgegenwirken würde [...]". Auch darf Sojamilch nicht als Sojamilch etc. verkauft werden. Die künstliche Abwertung der "Alternativ"-Getränke ist besonders bedauerlich, da diese vielfältige Vorteile in den Bereichen Tiere, Gesundheit und Ökologie haben. Auch wir sehen uns in der praktischen Umsetzung in einer gewissen Vorbildfunktion. Umdenken beginnt bei uns.
Die Erforschung von Vorteilen und Risiken einer pflanzlich betonten Ernährung müssen wissenschaftlich weiter ausgearbeitet werden.

Wir fordern

- Den Import von Futtermitteln zu reduzieren
- Projekte für den Anbau von heimischen Eiweißpflanzen, z.B. Lupinen, zu fördern
- Den Import von gentechnischen Pflanzen, auch als Futter zu verbieten
- Den Anbau von gentechnischen Pflanzen, auch Freisetzungsversuche, zu verbieten
- In der geplanten Reform des EEG den Einsatz von Mais und anderen nachwachsenden Rohstoffen weiter zu beschränken bzw. nicht weiter zu fördern
- Den Import von Palmöl zu reduzieren
- Milchprodukte aus Soja, Hafer, Reis mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu besteuern. Sie müssen unter den Bezeichnungen "Sojamilch, Hafermilch, Reismilch" vermarktet werden dürfen.
- Über die Folgen des Tierkonsums aufzuklären und diesen dadurch einzuschränken
- In Kantinen und Mensen immer eine vegane Alternative anzubieten.
- In den Kantinen des Landes, der Landesbetriebe, der Kommunen und der kommunalen Betriebe ist das pflanzliche Angebot massiv auszubauen. Der Nicht-Konsum von Tieren ist der beste Tierschutz
- Bei Juso- und SPD-Veranstaltungen soll es ein gutes pflanzliches Essensangebot geben. Bei der Anmeldung zu Veranstaltungen von Jusos/SPD ist anzugeben, ob die Teilnehmenden ein vegetarisches, veganes oder ein fleischhaltiges Verpflegungsangebot haben möchten.
- Dem geplanten Freihandelsabkommen nicht zuzustimmen
- Einrichtung einer Professur für pflanzliche Ernährung an der Universität Gießen, die durch die räumliche Nähe zum Institut für alternative Ernährung (IFANE) dazu beitragen könnte, die ernährungswissenschaftliche Kompetenz der pflanzlichen Ernährung in Hessen zu stärken

Lebensbedingungen von LandwirtInnen verbessern

Im Primärsektor, also der Landwirtschaft, arbeiteten 2012 nur noch 1,6% der Erwerbstätigen.

Aufgrund von stetigen Innovationen, Optimierungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen ist der ehemals dominierende Primärsektor nun nach Industrie- und Dienstleistungssektor der kleinste. Trotz allem sind die landwirtschaftlichen Betriebe gerade in ländlichen Regionen, wie bei uns in Nordhessen, ein wichtiger Arbeitgeber. Daher setzen wir JungsozialistInnen uns dafür ein, dass Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, angemessen entlohnt werden und in guten Arbeitsbedingungen arbeiten.
Die Umsatzentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe ist laut dem Situationsbericht des deutschen Bauernverbandes positiv. Vor allem Ackerbaubetriebe, Obstanbau und ökologisch geführte Betriebe haben einen höheren Umsatz zu verbuchen. Weiter auf Talfahrt befinden sich die Milchbetriebe und Rinderbetriebe. Die abnehmenden Umsätze erschweren das Überleben von Milch- und Rinderbetrieben. Dabei ist nicht der sinkenden Absatz, sondern der harte Preiskampf an den Umsatzeinbußen schuld. Die Folge sind weitere Optimierungen zu Lasten des Tierwohls. Hier ist die deutsche und europäische Landwirtschaftspolitik gefordert.
Die zunehmende Umstellung auf erneuerbare Energie ist für die Landwirte ein Fluch und ein Segen zugleich. 72.900 Megawatt, das sind 11% des erneuerbar hergestellten Stroms, erfolgt über die Landwirtschaft. Vor allem im Bereich der Biogasherstellung sind die Landwirtschaftsbetriebe aktiv. Zugleich sind die steigenden Strompreise das große Sorgenkind der Landwirte, so der Situationsbericht. Die Zukunftsbranche der erneuerbaren Energie muss innerhalb der Landwirtschaft weiter gefördert und der dezentrale Gedanke gelebt werden. Gleichzeitig kann die Reduzierung des Strompreises ein wichtiges politisches Instrumentarium für die Umsetzung von ökologischen oder tierethischen Verbesserungen sein.
Die Landwirtschaft hat ein eigenes Sozialversicherungssystem, das 2013 in die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forst und Gartenbau aufgegangen ist (SVLFG). Sitz der Behörde ist Kassel. Die SVLFG ist sowohl Berufsgenossenschaft (also Unfallversicherung), Rentenversicherung (AdL – Alterssicherung der Landwirte), Krankenkasse wie auch Pflegeversicherung. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist demokratisch organisiert und muss erhalten bleiben. In einigen Bereichen gibt es jedoch Verbesserungsbedarf, etwa in der Altersvorsorge. Die ohnehin sehr niedrige Rente ist in den letzten Jahren gesunken. Der Bund unterstützt mit einem Beitragszuschuss die Renteneinzahlung. Der dafür vorgesehene Schwellenbeitrag für die Bezuschussung wurde jedoch seit 1995 nicht erhöht. Eine entsprechende Initiative des Bundesrates zur Erhöhung der Schwelle ist daher zu unterstützen.
Wir fordern:

- Den Mindestlohn auch für Saisonarbeitskräfte und Aushilfskräfte
- Politische Förderung der genossenschaftlichen Landwirtschaft
- Die Energieumlage für Betriebe auszusetzen, die einen Mindeststandart an Tierhaltung und ökologischen Landwirtschaft einhalten
- Den Schwellenbeitrag für die AdL nach fast 20 Jahren wieder zu erhöhen

Europäische Agrarpolitik weiterentwickeln

Der größte Posten des EU-Haushaltes sind die Agrarsubventionen. Für die Förderperiode 2014 bis 2020 wurde als Leitprinzipien für die Agrarsubventionen ausreichende Nahrungsproduktion, Umwelt- und Klimaschutz sowie die Förderung von ländlichen Betrieben. Diese Zielsetzungen begrüßen wir als Jungsozialisten.
Jedoch fordern wir:

- Die Förderung stärker auf Greening (ökologische Auflagen) auszurichten sowie vermehrt die angestellten Arbeitskräfte zu berücksichtigen und somit die soziale Komponente der Förderung stärken
- Deckelung von Direktzahlungen auf niedrigerem Niveau, um vor allem kleiner Betriebe zu Fördern
- Stärkung der Komponente Ländliche Entwicklung
- Klare Fruchtfolgenbindung an die Direktzahlungen knüpfen
- Das die Subventionierung nicht weiter für den günstigen Export von Nahrungsmittel verwendet werden darf. So werden Agrarstrukturen in ärmeren Ländern zerstört
- Stattdessen sollen EU-Mittel verstärkt zur Förderung des Tierschutzes aufgewendet werden, z.B. im Sinne der Förderung des ländlichen Raumes

Auch wenn es genügend Kritikpunkte an den EU-Agrarsubventionen gibt, wollen wir sie nicht abschaffen, sondern als Instrument für eine bessere Landwirtschaft einsetzen. Nicht zuletzt sind die Subventionen auch ein Stück Sozialpolitik. Ohne die Unterstützung der EU würden viele Höfe aufgegeben werden und der ländliche Raum weiter geschwächt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	L2
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Bundeskongress
Betr.:	Schlachtungsrecht ändern. Würde der Tiere stärken.

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern ein totales Verbot betäubungsfreier Schlachtungen. Hier ist eine Streichung von §4a Abs. 2 Nr.2 & 3 des TierSchG vorzunehmen. Des Weiteren muss der Import von Fleisch aus solchen Schlachtpraktiken ausnahmslos verboten werden und die Kontrollen von Transporten und in Schlachtbetrieben müssen verstärkt werden. Zudem sollen auch gewöhnliche Schlachtungen strenger geprüft und sanktioniert werden.

Begründung:

Das betäubungsfreie Schlachten ist grausam und zudem widerspricht es jeglicher Ethik und Moral. Das Schlachten ohne Betäubung ist in einer modernen Gesellschaft schlichtweg nicht hinnehmbar.
Das Leid, der Schmerz und die Angst der Tiere sollte für alle mündigen Menschen Grund genug sein, diese Praktiken abzulehnen und zu verbieten.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	L3
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Landeskonferenz, Bundeskongress
Betr.:	Forstreform ablehnen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Nach der Forstreform 2005 arbeiteten die hessischen Forstbetriebe gewinnbringend und austariert. Erkauft wurde dies mit einer Massenentlassung unter der damaligen Landesregierung. Weitere Entlassungen sind nicht gerechtfertigt und müssen unterlassen werden. Im Zuge der Forstreform 2004/2005 wurde 1/3 aller Forstbetriebe geschlossen und eine Vielzahl von MitarbeiterInnen entlassen. Nötig wurde dies, da Hessen-Forst zunehmend außerhalb der Gewinnzone agierte. Seit dieser Reform ist die Gewinnzone wieder erreicht.
Bis 2025 sollen jedoch erneut viele Planstellen gestrichen werden. Doch schon heute sind RevierförsterInnen kaum in der Lage, Ihre Gebiete verantwortungsvoll und flächendeckend zu verwalten. Eine erneute Einsparung hätte katastrophale Folgen für den Lebensraum Wald.
Gerade Buchen und Borkenwälder bedürfen einer regelmäßigen Abnahme durch RevierförsterInnen. Hier würde man am falschen Ende sparen.

Begründung:
Erfolgt mündlich!

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	L4
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Landeskonferenz, Bundeskongress
Betr.:	Ländlichen Raum erhalten

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Der ländliche Raum stellt besonders in Nord- und Mittelhessen eine bedeutende Raumkategorie dar. Viele Menschen haben sich bewusst dazu entschieden, dort zu leben und zu arbeiten, eine Familie zu gründen, ihre Kinder großzuziehen, eine Existenz aufzubauen, alt zu werden. Der ländliche Raum sieht sich durch den demographischen Wandel und die freiwillige oder gezwungene Abwanderung aufgrund von fehlenden Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten junger Menschen vor große Herausforderungen gestellt.

Wir als Jusos bekennen uns zum ländlichen Raum und wollen vor den Problemen nicht die Augen verschließen wie es die CDU-geführten Bundes- und vor allem Landesregierungen nun schon seit Jahren praktizieren, sondern die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums sicherstellen. Dazu bedarf es neuer und mutiger Konzepte, die wir einbringen und diskutieren wollen.

A. Öffentliche Daseinsvorsorge weiterhin gewährleisten

Das Land Hessen und die Bundesrepublik Deutschland stehen hier in der Verantwortung, den ländlichen Raum für die Zukunft gut aufzustellen und die Minimalversorgung sicherzustellen.

Wir fordern deshalb:

I. Ärztliche Grundversorgung aufrechterhalten

Der Beruf „HausärztIn“ ist für junge Frauen und Männer aufgrund der langen Ausbildung und der geringeren Bezahlung gegenüber FachärztInnen, nicht mehr attraktiv. Im Jahre 2015 werden deutschlandweit voraussichtlich 175.000 ÄrztInnen fehlen. 2012 sind von 10.127 Personen, die Medizin studiert haben nur 949 HausärztInnen geworden. Bis 2020 werden in Deutschland 48.000 niedergelassene ÄrztInnen altersbedingt ausscheiden. Eine flächendeckende Versorgung ist daher nicht mehr möglich.
Vielen älteren Menschen ist es nicht jedoch möglich, aufgrund ihrer körperlichen Verfassung eine Ärztin / einen Arzt, der weit entfernt ist, zu besuchen.
Die Ärztliche Grundversorgung aber ist ein ungeschriebenes Grundrecht!

Die ärztliche Grundversorgung im ländlichen Raum muss gewährleistet bleiben.
Die Prämie für neue Hausarztpraxen soll deshalb auf 75.000€ erhöht werden, sowie die Prämienzahlung für wieder eröffnete Praxen auf Hausarztpraxen beschränkt werden. Ein staatlicher Finanztopf soll ein zinsloses Darlehen für die Einrichtung der Hausarztpraxen ermöglichen. Im Weiteren soll es eine Sonderförderung vom Land/Bund für das Hausarzt-Studium (1/3 Bund 2/3 Student) geben.

Die gezahlte Prämie bei Praxiseröffnung kann zinslos gewährt und ersatzlos gestrichen werden, wenn die Hausärztin / der Hausarzt eine Mindestzeit von 10-15 Jahren innerhalb des Landkreises der Praxis nachweisen kann, oder eine/n geeignete/n NachfolgerIn für seine Praxis findet, sollte er vorzeitig die Praxis verlassen.
Ersatzlos zu streichen ist es, wenn die Ärztin / der Arzt diesen Anforderungen nicht nachkommt.
Hier sind dann, anteilig an die gezahlte Förderung, Finanzforderungen von Seiten des Landes möglich. Diese Förderung muss sanktionabel sein und an Leistungen gekoppelt werden.

Programme wie der „mobile Arzt“ oder der medizinische Abholdienst für SeniorInnen sollen gefördert werden. Der medizinische Abholdienst soll gewährleisten, dass auch immobile Menschen die Ärztin / den Arzt aufsuchen können.

Der 2011 von hessischer Landesregierung, führenden Krankenkassen und der Landesärztekammer ausgehandelte „hessische Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung“ ist dahingehend zu modifizieren.
Die jährlich veranschlagten Zuwendungen in Höhe von 200.000 Euro sind nach Ablauf des Jahres 2014 von der zuständigen Arbeitsgruppe erneut zu überprüfen.
Sollte die Höhe der beantragten Förderungen die veranschlagte Zahl von 200.000 Euro übersteigen, muss diese Summe entsprechend der Differenz erhöht werden.
Sollte dies nicht der Fall, kann von einer Erhöhung der Zuschüsse abgesehen werden.
Eine Nachkorrektur soll jedes Jahr geprüft werden.

Die Fördergelder zur Erforschung alternativer Modelle sollen weiterhin gefördert werden.
So erklärte sich das Land Hessen 2012 im Rahmen des Paktes dazu bereit, 2012 einmalig 50.000 Euro beizusteuern.
Die Erforschung und Evaluierung alternativer Modelle ist unserer Ansicht nach zu wichtig, um sie nur einmalig zu fördern. Wir fordern daher, dies weiterhin mitzufinanzieren.
Dabei ist auf das „Husumer Modell“ als exemplarisches Beispiel zu verweisen.
So ist es auf den friesischen Inseln schon seit geraumer Zeit nicht mehr möglich, Hausarzt-Praxen zu besetzen.
Hier übernehmen gesondert qualifizierte Pflege- und Sanitätskräfte die Aufgaben des Hausarztes.
Sie sind gesondert geschult und haben ähnliche Qualifikationen wie HausärztInnen.
Sie könne und dürfen annähernd alles was HausärztInnen auch können. Ausnahmen sind hier Diagnosen und Rezepte. Diese sind nach wie vor HausärztInnen vorbehalten. Die Nachbetreuung jedoch entfällt dann auf die ärztliche Hilfskraft.
Dies wäre eine Möglichkeit, den Ärztemangel ein wenig zu kompensieren.

Die im Pakt zur Grundversorgung definierten Hilfen bei Gründung eines ehrenamtlichen Fahrdienstes sind gesondert zu fördern.
So muss für die ehrenamtlichen Helfer gewährleistet werden, dass die immer rasanter steigenden Spritkosten nicht das Aus für ihre ehrenamtliche Tätigkeit bedeuten.
Der Pakt zur Grundversorgung ist hier neu zu bewerten und muss an dieser Stelle um einen finanziellen Aspekt erweitert werden.

Der Vertrag ist zu dem nach Ablauf der Geltungsdauer 2014 erneut zu ratifizieren.

Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz ist dementsprechend inhaltlich zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Ziel soll es sein, den Beruf des Landarztes wieder attraktiver zu machen und die medizinische Grundversorgung für die Zukunft zu sichern

II. Freiwillige Feuerwehren und Feuerwehrverbände stärker fördern

Die freiwilligen Feuerwehren leisten eine unersetzliche Arbeit für Land, Leute und Leben.

Der demographische Wandel stellt jedoch auch diese Vereine vor neue Schwierigkeiten.
Ein Mitgliederrückgang zeichnet sich seit Jahren ab und wird innerhalb der nächsten zwei bis drei Dekaden einen kritischen Wert annehmen.
Eine minimale Brand- und Flutsicherung kann dann in einigen provinziellen Gebieten nicht mehr oder nur mit großen Umständen und Kosten gewährleistet werden.

Neben einer breiteren finanziellen Ausstattung der freiwilligen Feuerwehrverbände ist eine vom Land koordinierte Jugendpflege unerlässlich. Das Land muss hier neue Konzepte entwickeln um die Feuerwehren finanziell und materiell breit aufzustellen.
Ein viel versprechendes Konzept soll hier exemplarisch dargestellt werden.
So wurden in den Gegenden in denen ein hoher Anteil MigrantInnen lebt eine deutliche Mitgliedswelle verzeichnet als man begann, aktiv gerade diese Menschen anzuwerben.
Dieses Konzept eignet sich zwar nicht für alle Regionen Hessens, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Nebenbei leistet man noch einen integrativen Beitrag, der der Gesellschaft in ihrer Gänze nur nutzt.
Des Weiteren ist es möglich, dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken, indem man die älteren Mitglieder animiert, weiterhin aktiv zu bleiben.
Dies geht jedoch nur mit verbesserter, insbesondere leichterer Ausrüstung.

Das Land muss hier eine finanziell stabile Basis schaffen und beginnen, neue Konzepte zu erarbeiten und finanziell zu fördern.

Wir fordern deshalb eine bessere kapitale Grundversorgung der Feuerwehrverbände und die Erarbeitung eines Maßnahmen- und Finanzierungskataloges um die Feuerwehren für die Zukunft zu rüsten. Insbesondere die Integration von Gruppen, die derzeit statistisch gesehen weniger aktiv sind, muss voran getrieben werden und eine Verbesserung der Ausrüstung muss innovativer Reformpunkt des Maßnahmenkataloges sein.

III. flächendeckende Infrastrukturversorgung sicherstellen

1. Schienennetz und Unterwegsbahnhöfe

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über 34.000 Kilometer Schienennetz.
Dieses muss in seiner Ganzheit erhalten bleiben, um Wettbewerbsfähigkeit und infrastrukturelle Vorteile zu garantieren.
Neben ökonomischen Aspekten sorgt die Bahn mit ihren Unterwegsbahnhöfen für die nötige Mobilität am Lande.
Diese Mobilität muss erhalten bleiben, um die Attraktivität des ländlichen Raumes für junge Familien, aber auch für SeniorInnen zu erhalten.
Schulwege, Wege zu Arzt und Apotheker und Einkäufe in der Stadt werden ansonsten ohne Auto erschwert.

Wir fordern deshalb, dass Schließungen weiterer Bahnhöfe durch die Deutsche Bahn als Eigentümerin derselben erschwert wird.
Die Schließung eines Bahnhofes soll in Zukunft nur noch dann möglich sein, wenn die Auslastung der Haltestelle ein weiteres Betreiben absolut unzumutbar macht.
Etwaige Schließungen in der Zukunft sollen nach einer bestimmten Zeit neu bewertet werden und eine Reaktivierung des Bahnhofes muss jederzeit möglich sein.
Der Staat kann hier seine Marktmacht als Eigner des Schienennetzes nutzen und finanzielle Anreize für die Bahn in Aussicht stellen.

2. Anbindung der Dörfer an das Straßennetz gewährleisten; Straßenbaulast reformieren

Im Zuge des demographischen Wandels wird sich die Gesellschafts- und Infrastruktur drastisch verändern.

In den nächsten Jahren werden die meisten Dörfer einen deutlichen Bevölkerungsrückgang zu bezeichnen haben.
Am stabilsten werden dabei die angesehen, welche sich in der Nähe eines so genannten „Oberzentrums“ befinden.

Die sich stetig reduzierenden Bevölkerungszahlen haben einen ganz simplen Nachteil.
Die Kosten, die anfallen um eine sichere Wasser- Strom- und Straßenversorgung zu gewährleisten, werden stark steigend. Dies belastet neben den dort noch verbliebenen Einwohnern vor allem auch die kommunalen Haushalte.

Eine Gefahr stellt dabei die Rückstufung von Landes- und Kreisstraßen zu Feld- und Wirtschaftswegen dar.
England und Polen haben dies vorgemacht. Die Kosten für Instandhaltung und Streudienste konnten so deutlichst gesenkt werden.

Dies entspricht nicht unserem Selbstverständnis von zukunftsorientiertem Handeln und Verantwortungsbewusstsein gegenüber unseren Kindern.

Wir fordern deshalb:

1. Eine Änderung des Straßen- und Verkehrsgesetzes.
Derzeit verhält es sich so, dass die Straßenbaulasten gemäß dem föderalen Prinzip auf Bund, Land und Kommune umverteilt sind.
Hierbei trägt der Bund die Kosten für Bundes- und Autobahnen, das Land die der Landstraßen und der Landkreis die Kreisstraßen. Kleiner Straßen und Ortsdurchfahrten obliegen in der Regel den Anwohnern. Diese haben einen Großteil der Kosten zu tragen.

Wir fordern, dass das Land und der Bund hier finanziell stärker in die Pflicht genommen werden.
Die Regelungen, dass Anwohner für die Baukosten einer Straße aufkommen, stammen noch aus einer Zeit als die Belastung der Straßen wesentlicher geringer war und die LKW-Last bei weitem noch nicht heutiges Niveau hatte.
Deswegen müssen die Kosten für die Grundstückseigentümer niedrig gehalten werden.
Insbesondere landwirtschaftliche Betriebe mit einem hohen Prozentsatz an versiegelten und bebauten Flächen, werden so über gebotene Maß heraus belastet.

Sollten die Straßen innerhalb von 15 Jahren zweimal oder öfters erneuert werden, so sind die Kosten zu hundert Prozent von der übergeordneten Instanz, also dem Land oder Bund, zu zahlen.
Diese Übergangszeit gibt den Anwohnern die Möglichkeiten, Rücklagen zu schaffen und eine Kredit- und Grundschuld zu vermeiden.

Generell sollte bei Straßenbauarbeiten mindestens die Hälfte des veranschlagten Preises von dem Land zu zahlen zu sein. Beiträge, die über den zuvor vertraglich festgehaltenen Preis hinaus gehen, sind in ihrer Gänze vom Land zu zahlen.
Dies dient der finanziellen Planungssicherheit der Anwohner und schafft Vertrauen in den Staat.

2. Die Landesregierung muss die Garantie aussprechen, dass das derzeitige Straßennetz in seiner Gänze in einem Verkehrssicheren Zustand erhalten bleibt, solange das Dorf zu welchem die Straße führt, noch Einwohner nachweist.

3. Die Kommunen sind zu entlasten, wenn es zu Straßenbaumaßnahmen in der Kommune kommt.
Das Land muss hier seiner Sorgfaltspflicht nachkommen und einen Teil der Kosten übernehmen.

Das Straßenbaurecht ist dementsprechend zu ändern:

I. Eine Abstufung und Umdeklarierung muss erschwert werden
Dazu müssen die §1(öffentliche Straßen) und §5 (Umstufung) geändert/gestrichen werden.
Öffentliche Straßen
(1) Öffentliche Straßen sind diejenigen Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Eine öffentliche Straße, die auf Grund eines förmlichen Verfahrens nach anderen Gesetzen gebaut wird, gilt mit der Verkehrsübergabe als gewidmet.
(2) Zu den öffentlichen Straßen gehören
1.der Straßenkörper; das sind insbesondere der Straßengrund, der Straßenunterbau, der Straßenoberbau, die Brücken, Tunnel, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Lärmschutzanlagen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Haltestellenbuchten für den Linienverkehr sowie Rad- und Gehwege, auch wenn sie ohne unmittelbaren räumlichen Zusammenhang im Wesentlichen mit der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn gleichlaufen (unselbstständige Rad- und Gehwege);
2.Der Luftraum über dem Straßenkörper;
3.das Zubehör; das sind die Verkehrszeichen, die Verkehrseinrichtungen und -anlagen aller Art, die der Sicherheit oder Leichtigkeit des Straßenverkehrs oder dem Schutz der Anlieger dienen, und die Bepflanzung;
4.die Nebenanlagen; das sind solche Anlagen, die überwiegend den Aufgaben der Straßen- und Verkehrsverwaltung dienen, wie Straßenmeistereien, Gerätehöfe, Läger, Lagerplätze, Ablagerungs- und Entnahmestellen, Hilfsbetriebe und -einrichtungen.

Er muss im Absatz 1 um den Halbsatz erweitert werden:[...] Eine Abstufung einer öffentlichen Straßen zu einem Feld- und Wirtschaftsweg ist nach der Verkehrswidmung nicht mehr möglich“
Im Vergleich dazu empfehlen wir §4 HstrG:Widmung.

Dieser Paragraph ist um den Passus “Das Land Hessen garantiert den Erhalt des Straßennetzes in seiner Gänze, wie es sich zum Zeitpunkt der Ratifizierung dieses Satzes darstellt. Dazu gehören neben Verkehrssicherheitstechnischen Maßnahmen auch Baumfäll- und Schneidearbeit, Streu- und Winterdienste sowie eine ausreichende Beschilderung nach herrschendem Verkehrsrecht.“ zu erweitern.

4. Umverteilung der Kosten für Anlieger bei Bau und Erneuerung
Bei Bau und der Erneuerung von Dorfstraßen innerorts ist der Anlieger zu entlasten.
Hier besteht Handlungsbedarf von Seiten des Landes. Die geltenden Gesetze müssen überarbeitet werden und sozialverträglich angepasst werden.t

<u>IV. Grundbedarfsdeckung mit Nahrungsmitteln auch für weniger mobile Menschen gewährleisten; Nachbarschaftsläden finanziell stärken</u>

Früher gab es in nahezu jedem Ort ein Geschäft, welches Nahrungsmittel und Drogerieartikel führte.
Es war kommunikativer Dorfmittelpunkt und gewährleistete die Grundversorgung mit Essen und Getränken.
Im Zuge wachsender Mobilität verschwanden diese kleinen Dorfläden fast überall, da die Bedarfsdeckung außerhalb des Ortes gewährleistet war.

Der demographische Wandel jedoch mischt die Karten neu.
Das Dorf wie wir es kennen „vergreist“ in den nächsten Jahrzehnten, der Altersschnitt wird deutlich angehoben.
Neben der Überalterung der meisten Dörfer kommt noch hinzu, dass die Kosten für Automobil und Sprit kontinuierlich steigen.

In den nächsten Jahren wird eine sich steigernde Immobilitätstendenz deutlich. Diese macht es zunehmend schwerer und aufwändiger den Grundbedarf an Lebensmitteln zu decken.

Kleine Lebensmittelgeschäfte können die Grundversorgung gewährleisten.
Diese Läden nach Beispiel des heute weit gehend verschwundenen "Tante-Emma-Ladens" führen alle notwendige Artikel die es zum Leben braucht.
Neben der Grundbedarfsdeckung würde ein solches Geschäft noch weitere wichtige Aufgaben übernehmen.
Zunächst, da es eine maßgebliche solidarische und gemeinschaftliche Herausforderung ist, steigert sie den dörflichen Zusammenhalt und gibt auch Menschen die nicht mehr aktiv am Leben im Dorf teilhaben können, dass Gefühl, Teil etwas besonderen zu sein.
Zudem können Langzeitarbeitslose und Rentiere wieder einen Einstieg in den Beruf finden und sich einen Tagesrhythmus erarbeiten, den sie sonst in ihrem Alltag so nicht haben. Da das Projekt alleine auf Ehrenamtlichkeit beruht ist eine Bezahlung zumindest zu Beginn nicht die Regel doch alleine das Bewusstsein, gebraucht zu werden, ist wichtig.
Zudem schafft man hier einen neuen, aktiven Dorfmittelpunkt der den Boden bereitet für neue Projekte.
So kann man von hier aus Mitfahrgelegenheiten organisieren, Urlaubsgemeinschaften gründen, Freunde treffen und finden und so weiter.

Da ein solches Projekt von Idealismus und ehrenamtlicher Tätigkeit lebt muss das Land hier finanziell eingreifen.

Wir fordern deshalb, dass Gelder bereitgestellt werden, um solche Läden zu eröffnen und ehrenamtlich zu betreiben.
Ferner muss die Gründung eines Geschäftes, das alleine auf ehrenamtlicher Basis beruht, erleichtert werden.
So kann man bürokratische Hürden abbauen und die Finanzierung dieser Läden sicherstellen, indem man „Bürgerbeteiligungen“ erleichtert.
Diese Bürgerbeteiligungen sehen vor, dass EinwohnerInnen des Ortes freiwillig Geld zur Gründung hinzugeben und so MiteigentümerIn werden. Besonders ist hier die Haftungsfrage neu zu definieren.
Auch im Hinblick auf Vereinsrechte und Bürgervereinigungen ist hier eine bürokratische Nachkorrektur nötig.

<u>V. ÖPNV gewährleisten.</u>

Die Kommunen müssen dazu verpflichtet sein, pro Dorf mindestens eine Haltestelle für den ÖPNV einzurichten.
Bei größeren Dörfern sollte es vom Wohnhaus nicht mehr als 750 Meter zur nächstgelegenen Haltestelle sein, da diese Strecke schon für viele Ältere oder körperlich beeinträchtigte Mitbürger eine große Belastung aufweist.
Da sich die Kosten für eine solche Haltestelle in Grenzen halten, weißt das für die Kommunen keine großen finanziellen Einbußen auf.
Kleine Ortschaften/Ortsteile haben meist keinen eigenen Lebensmittelladen mehr (siehe Punkt IV.), Personen ohne eigenes KFZ sind daher auf den ÖPNV angewiesen und dieser wird dadurch zum Grundbedürfnis.
Dies gilt besonders für behinderte Menschen, da diese Aufgrund ihrer Behinderung nicht benachteiligt werden dürfen (siehe Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Art. 3 Abs. 3 Letzter Satz).
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Im Weiteren muss ein Mindestmaß an Busverbindungen vorhanden sein:

a) mindestens alle 3 Stunden Hin/Zurück im Montags bis Freitagsverkehr,
b) mindestens alle 4.5 Stunden Hin/Zurück im Samstagsverkehr
c) mindestens 3 mal zwischen 9 Uhr und 18 Uhr Hin/Zurück im Sonntagsverkehr und
d) der letzte Bus sollte, an Werktagen (Montag bis Freitag) nach Ladenschluss, somit nach 18 Uhr fahren.

Die Anbindung älterer Menschen nützt auch der Gemeinschaft das ältere Menschen eine höhere Kaufkraft haben gegenüber der Bürger im Alter von 40 - 59 Jahre. Die Finanzierung für diese Maßnahmen wäre gesichert, da für die neuen Busverbindungen mehr Fahrkräfte benötigt werden. Da dies voraussichtlich, Kurz- bzw. Langezeitarbeitslose sind, würde dadurch der Staat mit Arbeitslosengeldzahlungen entlastet und es sind höhere Steuereinnahmen, durch die Fuhrunternehmen und neuen Personalkräfte zu erwarten.

B Attraktivität des Lebensraumes Land steigern

I. Schulische Grundversorgung gewährleisten

Durch den demographischen Wandel werden zukünftig im ländlichen Raum weniger SchülerInnen die Schulen besuchen. Schon jetzt sind die Schülerzahlen in den Grundschulen rückläufig. Im positiven Fall konnte in einigen Jahrgängen eine Stagnation der Zahlen erreicht werden, der Trend geht aber flächendeckend zu einer geringeren Anzahl an SchülerInnen. Derzeit wird auf diese Entwicklung von der hessischen Landesregierung mit Drohungen von Schulschließungen reagiert. Dies löst bei den Eltern große Unsicherheiten aus und versetzt die Schulgemeinde in einen Teufelskreis. Gerade junge Familien, die sich eine Existenz aufbauen wollen, halten eine Grundschule in der Gemeinde für einen wichtigen Standortfaktor. Ist keine Schule mehr im Ort und somit der Schulweg für die GrundschülerInnen weiter, wird die Gemeinde insgesamt unattraktiver.

Wir fordern deshalb:

1. Die hessische Landesregierung hat zu garantieren, dass keine Grundschule gegen den Willen der Schulgemeinde, insbesondere der betroffenen Eltern und SchülerInnen, geschlossen wird.

2. Um trotz geringer SchülerInnenzahlen die Grundschulen am Leben zu erhalten, bedarf es neuer Konzepte, die in jedem Einzelfall gemeinsam mit den LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen und den kommunalen EntscheidungsträgerInnen vor Ort erarbeitet werden müssen. Hier müssen insbesondere flexible Organisationsmodelle (wie z.B. Schulverbünde) überdacht werden. Auch das längere gemeinsame Lernen stellt eine Lösungsmöglichkeit für die Grund- und Gesamtschulen dar. In den besonders gravierenden Fällen muss es auch möglich sein, dass LehrerInnen an mehreren Schulen eingesetzt werden.

II. Leerstand vermeiden. Zersiedelung stoppen

Der demographische Wandel, vor einigen Jahren noch als Schreckgespenst der Kommunalpolitik verlacht, stellt die Kommunen vor wachsende Probleme.
Sinkende Beschäftigungszahlen, vor allem in der Landwirtschaft sorgen für das zunehmende Verwaisen ganzer Ortschaften.
Deutschland steht eine Wüstungsperiode bevor, der die Hälfte aller Dörfer zum Opfer fallen könnte.

Dazu kommt noch ein steter Prozess der Zersiedelung, dessen Ursachen sich nicht nur, aber maßgeblich auf einen Faktor zurückführen lassen.
Das hessische Denkmalschutzgesetz erschwert maßgeblich den Bau in den Ortskernen.

Viele dort befindliche Häuser sind denkmalgeschützt, stehen nicht selten leer und verfallen zusehends.
Für junge Familie, die der ländliche Raum benötigt, ist der Bau im Ortskern somit an Hürden gebunden und wird unnötig erschwert.
Ein Leerstand der geschützt ist, darf aber nur, weil ihn niemand nutzt, nicht abgerissen werden.
So wird eine erste Leerstandswelle provoziert, die sich vermehrt abzeichnet.
Die Ortskerne stehen leer, werden unattraktiv und gemieden.

Gleichzeitig werden von den Kommunen immer neue Gebiete ausgewiesen.
Diese Gebiete, sofern sie überhaupt genutzt werden, sind für junge Familien der stressfreiere und günstigere Weg zum Eigenheim.
Hier folgt bereits die zweite Leerstandswelle, denn die dortigen Neubauten werden, sollte der demographische Wandel sich so fortsetzten, in 20 bis 30 Jahren ebenfalls leer stehen.
Hier entstehen also wiederum Bauten, deren Nutzung in nicht ganz ferner Zukunft völlig ungeklärt ist.

Beides ist ein Zeichen einer planlosen Baupolitik, die dem gesunden Menschenverstand widerstrebt.
Dazu trägt das aktuelle Denkmalschutzgesetz maßgeblich bei.

Es erschwert den Neubau oder Umbau maßgeblich und schreckt ab.

So muss die Klausel, dass nur abgerissen werden darf, wenn es „Unzumutbar“ ist (DeschG §11 Abs.1) ersatzlos gestrichen werden. Eine Abrissverweigerung sollte von Seiten des Denkmalamtes erklärt werden und muss die Wichtigkeit des Gebäudes X in A unterstreichen.
Eine pauschale Abrissverweigerung, wie es momentan der Fall ist, ist abzulehnen und muss der Einzelfallproblematik folge leisten.

Ferner sollten Kosten, die durch ein Handeln des Denkmalamtes zur „Sicherung und Erhaltung“ entstehen und dem Willen des Besitzers entgegenstehen und per „Zwang“ erlassen werden, weder teilweise noch gänzlich auf den Besitzer umzulegen sind, sondern vom Bauträger alleine getragen werden.

Des Weiteren soll der Bußgeldkatalog, der bei Unterlassen von Erhaltungsmaßnahmen seitens des Besitzers greift, überarbeitet werden und Rechtmäßigkeit der Bußgelder im Hinblick die Rechte am eigenen Eigentum überprüft werden.

Sicherungsmaßnahmen, die von Seiten der Kommune geleistet werden, um denkmalgeschützte Häuser, zu erhalten und die Sicherheit von Straße und Bürger zu erhalten, sollen nicht länger von der Kommune sondern vom Land getragen werden, um die ohnehin geschwächten Kommunen zu entlasten. Bezugsfaktor sind hier die „herrenlosen“ Häuser, deren Besitzer nicht aufzufinden ist oder nicht in der Lage ist dies zu gewährleisten.
Auch hier muss es erleichtert werden, dass Kommunen solche Objekte, die eine Gefahr für Leib und Leben darstellen, auf Kosten des Landes abzureisen.
Eine Enteignung bei nachgewiesenem Desinteresse des Besitzers sollte aber nur in Ausnahmefällen möglich sein.

Die Änderungen wären ein Ansatz, zumindest die Bautätigkeit wieder in den Ortskern zu fokussieren, um die drohenden Zersiedelung, die vor allem auch für junge Familien unattraktiv ist, zu unterbinden, da dann etwaige Bauplätze im Ortskern für Neubauten oder radikale Umbauten frei werden.

So heroisch das Anliegen der Denkmalschützer einst auch war oder ist, und so wichtig ihre Arbeit auch ist, so wichtig ist es aber auch, realpolitisch einzugestehen, dass nicht alle Gebäude zu erhalten sind und auch nicht alle Gebäude erhaltungswürdig sind.

Diese Maßnahmen werden den demographischen Wandel weder aufhalten noch umkehren, aber sie sind ein Signal an den Einzelnen und die Kommune, dass Stillstand keine Option ist und das der ländliche, strukturschwache Raum nicht vergessen wird

III. Kitas und Spielplätze sichern und ausbauen

III. a) Kitas:
Durch die Reform der Kindertagesplätze (siehe § 24 Abs. 2 SGB VIII) stehen jedem Kind zwischen dem ersten und dritten Lebensjahr ein Kindergartenplatz zu.

§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
(1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege zu fördern, wenn

1.diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder
2.die Erziehungsberechtigten
a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind,
b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten.

Lebt das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten. Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.
(2) Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.
(3) Ein Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, hat bis zum Schuleintritt Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass für diese Altersgruppe ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht. Das Kind kann bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege gefördert werden.
(4) Für Kinder im schulpflichtigen Alter ist ein bedarfsgerechtes Angebot in Tageseinrichtungen vorzuhalten. Absatz 1 Satz 3 und Absatz 3 Satz 3 gelten entsprechend.
(5) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder die von ihnen beauftragten Stellen sind verpflichtet, Eltern oder Elternteile, die Leistungen nach den Absätzen 1 bis 4 in Anspruch nehmen wollen, über das Platzangebot im örtlichen Einzugsbereich und die pädagogische Konzeption der Einrichtungen zu informieren und sie bei der Auswahl zu beraten. Landesrecht kann bestimmen, dass die erziehungsberechtigten Personen den zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder die beauftragte Stelle innerhalb einer bestimmten Frist vor der beabsichtigten Inanspruchnahme der Leistung in Kenntnis setzen.
(6) Weitergehendes Landesrecht bleibt unberührt.

a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind,
b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten. Jedoch werden dadurch mehr Erzieher und Erzieherinnen benötigt.

Möglichkeiten um mehr ErzieherInnen auszubilden wären:
a) Umschulungen werden für Arbeitslose mit einem tadellosen Leumund erleichtert,
b) Förderung der Ausbildung durch den Staat und

c) Förderung von Informationsverteilung an Schulen, insbesondere an junge Männer, die sich für den Beruf des Erziehers interessieren.

b) Spielplätze:
Die Kommunen müssen Spielplätze besser in Stand halten, da viele Spielplätze verwaist oder in einem sehr schlechten Zustand sind.
Besonders Nägel oder scharfe Gegenstände sind eine Gefahr für kleine Kinder.
Die Kommunen müssen dazu mehr verpflichtet werde ihre Sorgfaltspflicht zu wahren.
Bei Spielplätzen die eine Gefahr für die Allgemeinheit dastehen, sind in erster Linie die Kommunen sowie die zuständigen MitarbeiterInnen zur Sicherung und Zugangssperre in die Verantwortung zu ziehen.
Zum Allgemeinwohl sowie zur Förderung des Zuwachses von Familien sollte pro Dorf/Ortsteil ein Spielplatz in einem tadellosen Zustand und einem Verkehrsberuhigten Bereich zur Verfügung stehen.

IV. ländliche Hochschulstandorte fördern.

In den letzten Jahren haben sich einige Hochschulstandorte im ländlichen Raum etabliert.
Schmalkalden in Thüringen und Birkenfeld in Rheinland-Pfalz zeigen, dass solche Standorte Erfolgsmodelle sind.
Nicht nur die Mieten im ländlichen Raum sind deutlich niedriger und die Lebenserhaltungskosten im Durchschnitt studentenfreundlicher. Auch die Region profitiert von den jungen, innovativen Gruppen.
Neben Vereinen und Einzelhändlern verzeichnet auch das Ehrenamt im politischen und sozialen Bereich eine positive Trendwende.
Das Finanzpotential und das Know-How dieser hochgebildeten und sozial hoch integrativen sind nicht zu unterschätzen.

Damit ist es eine Chance für ländlich geprägte Regionen, den Anschluss an die Metropolregionen nicht gänzlich zu verlieren.

Die TU Mittelhessen ist ein hessischen Beispiel, wie man studentische Kräfte für die Region nutzen kann.
Insbesondere profitieren auch hochspezialisierte Unternehmen der Region von den überdurchschnittlich ausgebildeten StudentInnen.
Zudem können Jugendliche und junge Erwachsene aus der Region in der Region bleiben, soziale Kontakte aufrecht erhalten und in den Sportvereinen aktiv bleiben.
Damit wäre auch der Vergreisung der Orte ein wenige entgegengewirkt.

Wir fordern daher, dass ländliche Hochschulstandorte erhalten bleiben und gesondert gefördert werden.
Bestehende Studiengänge müssen erhalten bleiben, solange eine Auslastung nachzuweisen ist.
Diese liegt vor, wenn auf 1000 Einwohner ein Student kommt.
So hätte der Hochschulstandort Bad Hersfeld Anspruch auf Gelder des Landes, solange eine Auslastung von 30 Studenten in einem Studiengang vorliegt. Dabei ist es unerheblich, ob das Studium Dual oder Voll ausgeübt wird.

C. Finanzierungsmöglichkeiten

Wir halten die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land bzw. den Bund für die eigentliche Ursache der defizitären Haushalte und dem damit verbundenen Spardiktat. Auch der Hessische Städtetag stellte fest, dass in keinem anderen Bundesland in Deutschland die Kommunen so schlecht finanziell unterstützt werden wie in Hessen. Das in der hessischen Landesverfassung (siehe Art. 137 Abs. 6) verankerte Konnexitätprinzip verpflichtet die übergeordneten Gliederungen (z.B. das Land) für Beschlüsse, die sie getroffen, aber von

untergeordneten Gliederungen (z.B. Kommunen) ausgeführt werden müssen, den Betroffenen die benötigten Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Dieser Grundsatz wird leider regelmäßig missachtet. Als ob dies nicht schon Belastung genug wäre, wurden 344 Mio. Euro von der Landesregierung aus dem Kommunalen Finanzausgleich der Kommunen entnommen. Damit werden alle hessischen Kommunen schlechter gestellt und viele beklagen erst seitdem einen defizitären Haushalt.

Außerdem halten wir die finanzielle Unterfinanzierung für ein strukturelles Problem, für das nicht nur das Land, sondern auch der Bund in der Verantwortung steht. Es bedarf ausreichender Einnahmen aus Steuern, die dann gerecht an die untergeordneten Ebenen weitergeleitet werden.

Wir fordern deshalb:

1. Rückführung der 344. Mio. in die Masse des Kommunalen Finanzausgleichs durch das Land Hessen als Sofort-Maßnahme.

2. Neu-Strukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs in Hessen:
Die Einwohnerveredlung darf nicht mehr das wichtigste Kriterium sein, um bestimmte (und zwar große) Kommunen finanziell besser zu stellen. Anstatt dessen müssen zukünftig Investitionen in Einrichtungen, von denen auch die Nachbarkommunen profitieren (z.B. Schwimmbäder) eine größere Berücksichtigung erfahren.
Außerdem sollen diejenigen Kommunen, die Flächen für die erneuerbare Energien schaffen und zur Verfügung stellen (z.B. in Form von Solarparks oder Windkraftanlagen) dafür in Form eines „Energiewende-Bonus“ zusätzliche Mittel als Anreiz zur Verfügung gestellt bekommen. Zur konkreten Ausgestaltung dieser und weiterer Maßnahmen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den Kommunen erforderlich.

3. Einnahmemöglichkeiten des Landes in Form von Steuern müssen auch tatsächlich kontrolliert werden. Dazu ist eine ausreichende personelle Ausstattung der Finanzämter erforderlich. Personalkürzungen müssen in diesem Bereich als „Eigentore“ verstanden werden. Denn wenn nicht genügend kontrolliert werden kann, ob Steuern ordnungsgemäß gezahlt werden, werden dem Staat dauerhaft Einnahmen in Milliardenhöhe verloren gehen.

4. Die vielen o.g. Aufgaben belasten die Kommunen finanziell, es handelt sich dabei aber um unausweichlich notwendige Ausgaben, um den ländlichen Raum lebensfähig zu erhalten. Oftmals hat das Land oder Bund den Kommunen die Aufgabe auferlegt. Das Konnexitätsprinzip ist ohne Ausnahmen zu beachten und einzuhalten. Um die Einhaltung zu überwachen, wird es wiederum notwendig ein Kontrollgremium einzurichten. Dieses könnte sich aus den kommunalen Spitzenverbände und Vertretern der Länder und des Bundes zusammensetzen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	L5
Antragsteller:	Unterbezirk Schwalm-Eder
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag
Betr.:	Mobilität im ländlichen Raum

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Mobilitätsmöglichkeiten und das damit verbundene Verkehrsverhalten werden vor allem bestimmt von der Bevölkerungsstruktur, der Führerscheinverfügbarkeit, der Gesundheit der Menschen, der Siedlungsstruktur und dem Verhältnis von Verkehrskosten und Einkommen. Auf strukturpolitischem Hintergrund ist der Faktor Bevölkerungsstruktur am besten vorhersehbar. Vor allem im ländlichen Raum sinken die Einwohnerzahlen von Jahr zu Jahr. Damit verbunden sinken auch die Geburten- und Schülerzahlen. Durch die sinkenden Einwohnerzahlen in strukturschwachen Gebieten ist in diesen Gebieten auch eine Korrelation mit abnehmender Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Die niedrige Siedlungs- und Nutzungsdichte führt dazu, dass Einwohner weite Wegen zurück legen müssen, und zu im Raum zerstreuten Verkehrsströmen, die kaum wirtschaftlich mit dem ÖPNV abgewickelt werden können. Vor allem Kinder und Senioren sind besonders betroffen, da diese oftmals vollends auf den ÖPNV angewiesen sind. Es ist daher wichtig, kombinierte Angebote von ÖPNV und Alternativangeboten über Gemeindegrenzen hinweg zu betreiben.

Wir fordern eine gemeindeübergreifende Steuerung von Mobilitätskonzepten im Schwalm-Eder Kreis, die an den regionalen sozialen Infrastrukturen der einzelnen Städte und Gemeinden anknüpft. Es müssen kombinierte Angebote zwischen ÖPNV, Gemeinden und Städten und bürgerschaftlichen Engagement geschaffen werden, damit sich Mobilität im ländlichen Raum nicht zu einem Exklusivprodukt entwickelt. Nur auf diese Weise ist die Teilhabe am Arbeitsleben, an Bildung und kulturellem Leben sowie am Gesellschaftsleben insgesamt zu ermöglichen. Beispiele für solche kombinierten Angebote sind:

- Ein gut ausgebautes Radwegsystem zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden, damit wichtige Verkehrsknotenpunkte des ÖPNV erreicht werden können. An Bahnhöfen müssen genügend Möglichkeiten vorhanden sein, um Fahrräder abstellen zu können und der ÖPNV muss hinsichtlich der Fahrradmitnahme erweitert werden (z.B.: Anhänger/Fahrradträger für Fahrradmitnahme in Linienbussen).
- Anrufsammeltaxi: Die Abfahrtszeiten sind vorgeben und der Mitfahrwunsch muss vorab angemeldet werden. Fahrplanlücken im Linienbusverkehr können mit dem Anrufsammeltaxi geschlossen werden.
- Multibus: Auch bei dem Multibus muss der Mitfahrwunsch vorab angemeldet werden, die Abfahrtszeit ist aber flexibel. Er ist wirtschaftlicher als ein Linienbetrieb und der Kostenausgleich erfolgt durch die Gemeinde.
- Anrufbus: Der Anrufbus kann die ÖPNV Grundversorgung für sehr dünn besiedelte Gebiete gewährleisten. Die Fahrzeuge sind oftmals im Besitz der Kommunen, die Fahrer engagieren sich häufig ehrenamtlich.
- Gemeindebus: Die Besonderheit des Gemeindebus ist die Einbindung in ein regionales Gesamtkonzept, u.a. mit regelmäßigen Fahrten zu Ärzten, in den Nachbarort oder zum nächsten Bahnhof. Kindergärten, Schulen, Jugend- und Seniorenveranstaltungen erhalten Vergünstigungen („Bürger-für-Bürger-Bus“ in Niedenstein).

- Zusteiger-Mitnahme Systeme: Die Vermittlung der Mitfahrzentralen kann hierbei über eine Internetplattform oder eine Vermittlungsstelle erfolgen. Private PKW Fahrten können besser ausgelastet werden und die Abfahrten sind sehr flexibel. In Kooperation mit Bildungseinrichtungen vor Ort könnten auch ‚Apps' für Smartphonenutzer erstellt werde, die das Mitnahme System erleichtern.
- Gutschein-Systeme: Die Städte- und Gemeinden fördern Taxifahrten/Anruf-Sammel-Taxifahrten mit einem Gutscheinsystem. Z.B. Kinder und Senioren erhalten Gutscheine oder können Gutscheine erwerben, welche die Fahrt vergünstigen oder komplett finanzieren. Wird oft genutzt um Beförderung zur nächsten ÖPNV Haltestelle zu gewährleisten (Konzept wird genutzt in Schwalmstadt und Eschwege).

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	O1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag
Betr.:	Antragskommission geht auch demokratisch! Antrag zur Satzungsänderung

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Juso-Bezirkskonferenz schlägt dem SPD-Bezirksparteitag folgende Änderung der Satzung der SPD Hessen-Nord vor und bittet um Zustimmung:

Nach §6(1) ist einzufügen:

§6(2neu) Der Parteitag wählt aus seinen Reihen 10 Mitglieder der Antragskommission, die für die organisatorische Vorbereitung der Anträge für den darauffolgenden Bezirksparteitag verantwortlich ist. Die Kommission kontrolliert die formelle Richtigkeit der Anträge und empfiehlt bei mehreren Anträgen zu einem Thema, welcher Antrag der Weitestgehende ist. Inhaltliche Empfehlungen und Annahmeempfehlungen spricht die Kommission nicht aus. Der/Die SprecherIn der Kommission wird durch die Kommission selbst gewählt. Beratend nehmen der geschäftsführende Bezirksvorstand, die Bezirksgeschäftsführung und die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften an den Sitzungen teil.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	U1
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress
Betr.:	Situation in der Pflege verbessern

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern die abhängig Beschäftigten auf, ihren gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen. Darüber hinaus fordern wir, die angespannte Situation im Pflegebereich dadurch zu verbessern, indem die Pflegebeiträge erhöht und damit die Leistungen verbessert werden.

Begründung:

Die Situation in der deutschen Pflege ist katastrophal.
Darunter leiden die Qualität, die Sauberkeit, die Pflegekräfte und nicht zuletzt die zu Pflegenden und deren Angehörige.
Die psychische Belastung welche durch die unwürdigen Rahmenbedingungen entsteht belasten vor allem die Pflegekräfte. Pflege ist meist nicht nur Beruf sondern Berufung.
Es ist untragbar, dass eine Pflegekraft, welche schutzbefohlen für ihre Patienten ist, ihre Arbeit nicht nach rechtem Wissen und Gewissen ausführen kann, da weder ausreichend Zeit, Ausrüstung noch Personal zur Verfügung stehen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	U2
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Bundeskongress
Betr.:	Umgang mit Echtpelzen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Werden bei der Produktion von Kleidungsstücken echte Felle verarbeitet, so ist im Kleidungsstück zu kennzeichnen von welchem Tier etwas in dem Produkt verarbeitet wurde. Diese Regelung muss sowohl für in Deutschland hergestellte Waren gelten, als auch für jene, die aus dem europäischen Ausland bzw. aus anderen Staaten eingeführt werden.
Die Einfuhr aller Pelze ist zu verbieten.
Die Bundesregierung hat sich darüber hinaus auch für ein Verbot der Produktion und des Imports von Katzen- und Hundefellen und der Käfighaltung von Tieren zur reinen Fell- oder Ledergewinnung auf europäischer Ebene einzusetzen.

Begründung:

TierschützerInnen haben in den vergangenen Jahren große Erfolge in der Sensibilisierung der Bevölkerung für die großen Qualen, die bei der Herstellung von Kleidungstücken mit echtem Pelz entstehen. Insbesondere in Asien werden besonders häufig auch Hunde und Katzen eingefangen und lebendig gehäutet. Viele VerbraucherInnen haben sich gegen die Unterstützung derartiger Grausamkeiten entschieden und wollen solche Produkte nicht mehr kaufen. Andere können mit einer konsequenten Aufklärungsarbeit ebenso davon überzeugt werden, dass für fragwürdige Modeprodukte keine fühlenden Lebewesen hinhalten müssen.

Leider leistet der Markt an dieser Stelle keinerlei Transparenz.

Derzeit muss nicht gekennzeichnet werden, ob und welche Tiere verarbeitet wurden. Viele denken gerade bei günstigen Kleidungsstücken, dass es sich um Kunstpelz handelt und möchten sich dafür bewusst entscheiden. VerbraucherInnen sollen dabei getäuscht werden, da mit Umsatzeinbrüchen zu rechnen ist, wenn die Kleidungsstücke durch Grausamkeiten hergestellt wurden.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	U3
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress
Betr.:	Lebensmittelampel

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Lebensmittelampel nach englischem Vorbild soll in Deutschland eingeführt werden.

Begründung:

Im Zuge der zunehmenden Gesundheitsbelastungen der deutschen Bevölkerung durch ungesunde, zu fetthaltige und nährstoffarme Nahrungsmittel müssen wir die Lebensmittelindustrie in die Pflicht nehmen.
Der Widerstand der großen Konzerne und die ausgeprägte Lobbyarbeit zeugen davon, dass für die Produzenten ausschließlich der Profit im Zentrum. So etwas darf die deutsche Sozialdemokratie nicht zulassen.

Zitat foodwatch: “Nährwertangaben müssen klar und verständlich sein – und zwar auf einen Blick auf der Vorderseite von Lebensmittelverpackungen. Und sie müssen vergleichbar sein. Mit der in Großbritannien entwickelten Ampelkennzeichnung wird das erreicht: Statt auf unrealistische Portionsgrößen setzt sie auf einheitliche Angaben pro 100 Gramm – und auf Signalfarben, die die Information über die wichtigsten Nährwerte Fett, Zucker und Salz spielend leicht macht. Grün steht dabei für einen geringen, Gelb für einen mittleren und Rot für einen hohen Gehalt am jeweiligen Nährwert. foodwatch fordert die verpflichtende Einführung der Nährwert-Ampel für verpackte Lebensmittel.“

Im Zuge des Verbraucherschutzes ist diese Ampel einzuführen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	U4
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Land
Adressat:	Bundeskongress,SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Plastiktüten überwinden!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
Wir fordern, dass Plastiktüten in Supermärkten und sonstigen Einzelhandelsunternehmen durch ökologischere Alternativen ersetzt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, herauszufinden, welche ökologischen und CO-2-neutralen Alternativen es gibt.

Begründung:

Plastik ist ein äußerst langlebiges, schlecht zu recycelndes und ressourcenverschlingendes Material, das leider immer noch sehr häufig bei uns benutzt wird. Die Umweltschäden durch diesen Stoff sind enorm und das obwohl es eigentlich gute Alternativen (den Jutebeutel zum Beispiel) gäbe. Viele europäische Staaten haben bereits Maßnahmen ergriffen, die Benutzung von Plastiktüten zu verringern. Auch Deutschland sollte hier seine Anstrengungen vergrößern. Dabei könnte man sich eine besondere Besteuerung, die Subvention von Alternativen oder das komplette Verbot überlegen. Grundsätzlich sollte es eine deutliche Verringerung des Plastikgebrauchs in Deutschland geben.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Initiativantrag: Mindestlohn für alle!

Antragsteller: Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bezirksparteitag, Bundeskongress

Antragstext:

Seit Jahren fordern Jusos und SPD einmütig einen allgemeingültigen, flächendeckenden Mindestlohn für alle. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf sieht, entgegen dieser Zielsetzung, mehrere Ausnahmen vor: Junge Menschen unter 18 Jahren, Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung und Berufs- bzw. Studienpraktikant*innen sollen ausgenommen werden. Das halten wir für falsch und kontraproduktiv. Wir fordern Jusos und SPD auf, weiter für einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn einzutreten und ihn endlich umzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Überwiesene Anträge

An AK Schüler beim BV

B1	Nachhilfe für alle	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

An BA

G2	FSJ stärken	Arbeitsgemeinschaft Marburg

An BV

E3	Transatlantisches Freihandelsabkommen ablehnen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Ä zu E3	Transatlantisches Freihandelsabkommen ablehnen	Unterbezirk Kassel-Land
F5	Steuererleichterungen für Eltern mit drei und mehr Kindern	Unterbezirk Fulda
G5	Diskriminierung tötet! (Resolution)	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
O2 und O3	Neufassung Jusos in die Parlamente!	Unterbezirk Fulda und Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	B1
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	AK Schüler des BV
Betr.:	Nachhilfe für alle

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Vor allem an Oberstufen sollen zusätzliche Kurse für ausgewählte Fächer angeboten werden. Die Schüler und Schülerinnen sollen somit die Möglichkeit erhalten, Fragen zu stellen und das Verständnis zu verbessern. Das alles ohne bewertet zu werden oder Leistungsdruck zu haben.

In der Oberstufe, die oft einen umfangreichen Lehrplan aufweist, ist in den regulären Kursen die Zeit meist knapp um einzelnen SchülerInnen Fragen zu beantworten und ihnen explizit beim Verständnis einiger Themenbereiche zu helfen. Gerade jedoch in der Zeit der Prüfungsvorbereitung machen sich Lücken im Verständnis stark bemerkbar, doch vielen SchülerInnen gelingt es nicht eben jene Lücken selbstständig zu füllen. Unglücklicherweise ist nicht jeder finanziell in der Lage sich professionelle Nachhilfe zu leisten. Damit das Einkommen nicht darüber entscheidet, wer seine Prüfungen erfolgreich durchläuft, müssen Oberstufen ihr Kursangebot erweitern und allen SchülerInnen die Möglichkeit bieten gut zu sein und einen Abschluss zu erlangen. Diese Kurse auf freiwilliger Basis können bspw. von LehramtsstudentInnen in fortgeschrittenen Semestern, ReferendarInnen oder von regulären Lehrkräften übernommen und geleitet werden. Somit können die Kurse detailliert auf aktuelle Themen der Fächer eingehen. Es sollten Fragerunden zu den Themen veranstaltet, gemeinsam geübt werden und den SchülerInnen sollte es möglich sein Zusatzarbeiten von dem Kursleiter überprüfen zu lassen, dieser sollte ihn auf Fehler hinweisen und ihm Wege zeigen, jene Fehler zu vermeiden.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G2
Antragsteller:	Arbeitsgemeinschaft Marburg
Adressat:	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag
Betr.:	FSJ stärken

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird aufgefordert die freiwilligen Dienste finanziell besser zu fördern.

Begründung:

Die freiwilligen Dienste u.a. der Kultur oder Schule erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Trotzdem wird der entsprechende Fördertopf nicht angepasst, sondern lieber massiv in den Bundesfreiwilligendienst investiert. Dieser wird aber meist von Institutionen angeboten, die bereits über eine ausreichende finanzielle Ausstattung verfügen. Der Bedarf der einzelnen Landesverbände kann so nicht mehr gedeckt werden und eine über dem Plan liegende Zahl an Plätzen führt zu einer de facto Kürzung pro Platz.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Änderungsantrag AG 2 der Bezirkskonferenz
G2: Ergänze in Zeile 4 vor „freiwilligen“: „klassischen“
Ergänze nach Z. 4:
„Den Bundesfreiwilligendienst als Ersatzdienst für den damaligen Zivildienst lehnen wir weiterhin aus vielschichtigen Gründen (Doppelstrukturen, Zentralisierung, fehlende Trägereinbindung, Wehrpflichtdiskussion) ab. Vielmehr gilt es gerade Mittel aus dem Bereich des BFD in die klassischen Freiwilligenprogramme zu überführen.“

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	E3
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Bundeskongress, Bundesparteitag, S&D- Fraktion im Europäischen Parlament
Betr.:	Transatlantisches Freihandelsabkommen ablehnen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das geplante und forcierte Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten soll nach der Finanzkrise 2008 und einer sich abzeichnenden Abwärtskurve der europäischen und amerikanischen Wirtschaft den negativen Kurs beenden, Jugendarbeitslosigkeit beheben, den Handel und die Direktinvestitionen anregen und die westliche Staatengemeinschaft auf eine neue Ebene heben. Geplant wird es von führenden Köpfen der westlichen Welt, darunter auch von Frau Dr. Merkel.

Dies darf jedoch nicht um jeden Preis und unter dem strikten Primat der Gewinnmaximierung passieren.

I. Warenstrom um jeden Preis? Nicht mit uns! Deutsch-europäische Lebensmittelstandards schützen und erhalten

Im Zuge des geplanten Freihandelsabkommens werden deutsche und europäische Lebensmittelstandards untergraben und lange gewachsene Normen destruiert.
So wird die Einfuhr von Fleisch aus Amerika möglich, dass in seiner Produktion nicht nur fragwürdig, sondern moralisch verwerflich ist.
Als populärstes Beispiel fungiert hier das „Chlorhühnchen“
Hühner, die unter fragwürdigsten und zutiefst grausamen Bedingungen gehalten werden, überfluten den europäischen Binnenmarkt.
Getötet werden sie, in dem sie LEBEND in ein Chlor-Natron-Gemisch geworfen werden, und durch einen Stromstoß nach einem Martyrium den Tot finden.
Tausende Hühner täglich erleiden dieses Schicksal.

II. Degeneriertes Fleisch von überzüchteten Arten? Nein Danke!

In Europa und gerade auch in Deutschland werden an Landwirte und Tierzüchter hohe Forderungen gestellt, wie Tierhaltung und Zucht koordiniert werden sollen.
Eine generelle Ablehnung von Gentechnik und von genetisch modifizierten Rassen prägt unser Bewusstsein.
In Amerika gilt weder dieselbe Moral noch ist das Bewusstsein an fremdes Leben vorhanden.
So ist es Standard, dass Hühner, die dereinst in Massentierhaltungen ihr Dasein fristen sollen, mit krummen Schnäbeln und mit verkümmerten Flügeln auf die Welt kommen.
Mastschweinen in Mastbetrieben wird in der Regel eine Zahnreihe „weg gezüchtet“.
Hintergrund ist der, dass Schweine und Hühner auf engem Raum Zusammengepfercht und durch Monotonie gezeichnet, beginnen, sich selbst oder ihre Artgenossen aufzufressen.
Durch das Wegzüchten der dafür notwendigen Körperteile verhindert man diese Phänomene, was die Kosten natürlich senkt und die Gewinne prozentual erhöht.
Solche Fleischprodukte sind in der Regel billiger als die unsrigen und sind das Resultat einer bösartigen Produktionskette.

Dies ist zwar weder die Regel, aber leider auch nicht die Ausnahme, es ist schlicht gängige und potentiell mögliche Praxis, der wir uns nicht ausliefern dürfen.

III. Von Turbotomaten und „multiresistentem“ Genmais? Ohne Uns!

Durch das geplante Freihandelsabkommen werden europäische und deutsche Beschlüsse ausgehebelt, die Gentechnik generell ablehnen.
Die Gesellschaft ist nach aktuellen Umfragen der Meinung, Gentechnik müsse verhindert werden.
Und doch wirft auch hier das TTIP seine Schatten voraus!
Genmais einer bestimmten Sorte ist in Europa mittlerweile legal und erlaubt.
Dabei ist bewiesen, dass diese Maissorte keinerlei Mehrwert hat. Ganz im Gegenteil.
Der modifizierte Mais produziert ein „eigenes“ Gift, was das Spritzen von Pestiziden stoppen und den Düngeverbrauch senken soll.
Nach aktuellen Gutachten sind die heimischen Insektenpopulationen nach einigen Regenerationsphasen jedoch resistent und entwickeln Tendenzen der Multiresistenz.
Bisher übliche Dünge- und Spritzmittel werden unbrauchbar und neue Spritzmittel, die in Amerika um einiges teurer sind als die bisher übliche, müssen genutzt werden.
Diese Praxis flächendeckend und offensichtlich ökonomisch gelenkt und gewollt ist für uns KEINE Option.
Gentechnik und Genpfusch ist strikt abzulehnen und widerspricht nicht nur dem gesellschaftlichen Willen, sondern auch dem Selbstverständnis von uns Jusos.
Durch das Freihandelsabkommen wird dieses Schreckensgespenst erschreckend real.

Auch gibt es keinerlei Kennzeichnungspflichten und quasi keine Möglichkeit, die Art der Degenerierung zu ermitteln!

IV. Deregulierung des Finanz- und Bankensektors? Wir fordern eine neue Verantwortlichkeit!

Im Zuge des TTIP wurde von allen Parteien eine erneute Deregulierung des Finanzsektors definiert. Dies ist keine Option.
Die Fiskalkrise 2008 hat uns vor Augen geführt, wie desaströs und wie rücksichtslos Banken Weltweit mit den Ersparnissen und Leben von Millionen Menschen spielen.
Wir fordern nicht die Liberalisierung des Bankensektors sondern deren Kontrolle und Regulierung.
Sollte das geplante Freihandelsabkommen in seiner derzeitigen Form beschlossen werden, werden die ohnehin nur restriktiv ergriffenen Maßnahmen zur Regulierung potentiell anfechtbar und das alte Finanzsystem kann restauriert werden. Die Bankenunion, nach der Banken nun gegenseitig für sich haften, oder die Trennung in Spareinlagen und Derivatehandel wären null und nichtig. Transaktionssteuer und andere Maßnahmen rücken in weite Ferne.
Durch eine weitergehende Liberalisierung des Finanzsektors steigern wir die Gefahr einer erneuten Krise massiv.

V. Fracking in Deutschland? Der Weg ist geebnet!

Fracking ist eine Methode zur Erzeugung von Rissen im Reservoirgestein im tiefen Untergrund, mit dem Ziel, dass dort lagernde Gase oder Flüssigkeiten leichter und beständiger zur Bohrung fließen und gewonnen werden können.
Beim Fracking wird nach Erstellung einer bis zu mehreren tausend Meter tiefen Bohrung zur Erhöhung der Permeabilität (Durchlässigkeit) der Gesteine im Zielhorizont – das heißt auf der Ebene der tiefsten Stelle der Bohrung – unter hohem Druck Wasser durch das Bohrloch in den tieferen Untergrund gepumpt, das in der Regel mit chemischen Zusätzen und Stützmitteln wie z.B. Quarzsand versetzt ist. Typischerweise sind in der Tiefe mehrere zusätzliche horizontale Bohrungen mittels Richtbohren – durch Umlenken des Bohrkopfes in die Waagrechte − in das umgebende Gestein ausgeführt, um die Ausbeute zu erhöhen. Die unter einem Druck von typischerweise mehreren hundert Bar eingepresste Flüssigkeit hat dabei die Aufgabe, im Reservoirgestein Gesteinsrisse zu erzeugen, aufzuweiten und dauerhaft zu stabilisieren.

Die Folgen sind vielseitig. Exemplarisch sei die Gefahr genannt, dass Große Grundwasservorkommen in der Nähe der Fracking-Halden z.T. Nicht mehr trinkbar sind. Wasser, dass in unserer Zeit ohnehin immer wichtiger wird, ist ein kostbares Gut, dass es zu schützen gilt.
Fracking findet bis heute weder in der Gesellschaft noch in der Politik die nötige Unterstützung.
Durch das TTIP spielen die Belange der Bevölkerung nur noch eine untergeordnete Rolle!
Man tut es einfach, weil man es kann.
Umweltstandards und Elementarinteressen der deutschen könnten durch das TTIP potentiell ohne Probleme übergangen und ausgehebelt werden.

VI. Den heimischen Landwirtschaftssektor preisgeben? Freihandel zerstört heimische Märkte

Durch die potentiell hohe Exportquote, die die USA in diesem Freihandelsabkommen sehen, verliert der heimische Agrarsektor sowohl an Wirtschaftskraft als auch an Krisenfähigkeit.
Massenproduktion und niedrigere Standards machen es möglich, zu wesentlich günstigeren Preisen qualitativ minderwertige Produkte zuhauf und für Lau auf den heimischen Markt zu werfen. Heimische Milch und Fleischpreise werden langfristig sinken und der ohnehin karge Lohn deutscher Landwirte wird weiter sinken.
Die heimische Landwirtschaft wird in diesem Binnensystem ihre Leistungsfähigkeit beweisen müssen. Eine Leistungsfähigkeit die sie vor mehr als 30 Jahren bereits eingebüßt hat.
Uns ist der Agrarsektor zu wichtig, als dass man ihn für wirtschaftliche Partikularinteressen aufgeben darf.

VII. Einseitige Gewinnabschreibungen zu Lasten Europas? Nicht die Ausnahme, sondern die Regel

Wie der europäische Binnenmarkt schon zeigt, ist es mit der Schaffung eines Binnenmarktes alleine nicht geschaffen.
Man muss Normen und Maße definieren, Sanktionsmechanismen entwickeln, eine gemeinsame Krisenpolitik ausarbeiten und sich die Frage des gemeinsamen „Nation-Building“ stellen. Nach Aussagen ausgewiesener Experten sind die potentiellen Gewinne für Europa um ein vielfaches kleiner, als die generierten Gewinne für die USA.
Europäische Produkte sind in der Regel zu teuer, da deren Produktion an Lohnnebenkosten und gewisse Standards, Gewerkschaften, Tarife und Mindestlohn geknüpft sind.
Nach der „New-Deal-Wende“ der USA haben die Staaten zwar einen Mindestlohn, ansonsten aber ein sehr restriktives, ergo billigeres Sozialsystem.
Die Exportquote der USA würde exorbitant steigen, wohingegen die Vorteile der EU nicht signifikant transformiert werden.
Die Vereinigten Staaten wollen sich mit dem Freihandelsabkommen auf Kosten von 150 Jahren Gewerkschaftskampf und Feminismus, Gleichberechtigung und Tarifautonomie sanieren!
Ein Vorgang den man so nicht unterstützen darf.

VIII. Wir wollen ein Europa, das für ein sozial eingebettetes Wirtschaftsleben steht und nicht für Konzerninteressen

Bisher ist es europäischer Konsens, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Unternehmen und Konzerne immer auch in das demokratische Gesellschaftsleben eingebettet sein soll. Heißt, wir verfolgen in Europa eine Wirtschaftsordnung, in der (noch) das Primat der Politik gilt.
Gesamtgesellschaftliche Interessen werden höher bewertet, als das partikulare Unternehmens-interesse. Auch wenn es darum geht dies in der Europäischen Union noch stärker zu verankern, stehen wir derzeit vielmehr vor der grundlegenden Gefahr diesen Konsens vollends bei Seite zu räumen:
Wenn ein mögliches Freihandelsabkommen die Konzerninteressen höher schätzt als Verbraucherschutz oder Sozialstandards und diese Interessenvormacht auch noch durch Investitionsschutzregeln juristisch absichert, werden wir als Jusos alles dafür tun, dass ein solches Abkommen zwischen der EU und den USA nicht Realität wird! Die Wirtschaft hat sich,

nach unserem Verständnis, den gesellschaftlichen Interessen unterzuordnen, nicht anders herum.

IX. Symbolpolitik betreiben? Ja, Bitte!

Wie die Enthüllung des umstrittenen Whistleblowers Edward Snowden uns vor Augen führten, betreibt die USA offensichtlich weltweit schamlos nicht nur Industriespionage, sondern sie überwacht uns alle. Und das möglicherweise immer und überall.
So führt man heute in den USA „Rosa Listen“ in denen Schwule und deren Vorlieben festgehalten und dokumentiert werden. Ein schier unglaublicher Vorgang, der so nicht hingenommen werden kann.
Das Ausspähen des Bundestages und der Kanzlerin greifen tief in deutsche geopolitische Interessen ein und unterstreichen die unverhohlene Dreistigkeit einer sich windenden Supermacht. Der gläserne Bürger wird real, und man hält die Füße still, obwohl in Deutschland massenhafter Grundrechtsbruch begangen wurde.

Deswegen befürworten wie die derzeitige Ablehnung dieses Völkerrechtsvertrages.
Ein stark einseitiger Vertrag zu Gunsten eines Staates, der uns aushört, überwacht und dominiert, kann, darf und wird keine Option sein.
Wir sagen deshalb Symbolpolitik? Ja Bitte!

X. Klammergriff der USA lösen oder zementieren? Es liegt an uns!

Die deutsche Souveränität als Nationaler Bundesstaat wird so Stück für Stück erodiert und der amerikanische Imperialismus greift auf Europa über.
Neben der mutwilligen Zerstörung heimischer Landwirtschaften, dem Ende hoher Verbraucherstandards in Deutschland, der Erodierung der deutschen Souveränität, der Einfuhr miserabler Lebensmittel und der Untergrabung deutschen Gesetzes wird durch das transatlantische Abkommen auch die Dependenz zu Amerika manifestiert.
Statt den Klammergriff der amerikanischen Weltpolitik endlich abzuschütteln, fesselt man sich hier an einen sterbenden Koloss.
Der Zenit Amerikas als Weltmarktführer in Wirtschaft, Moral und Militär ist überschritten.
Ob es so clever ist, sich an moralisch fragwürdige, inhumane Gesellschaften zu ketten, die auf der ganzen Welt Kriege treiben, um die eigene Peripherie zu befrieden und die keinerlei Maß für Ethik und Moral, haben, ist in Frage zu stellen und sollte diskutiert werden.
Der amerikanische Staat saniert sich hier auf Kosten Deutschlands und Europas, greift tief in staatliche Rechte ein, und stellt tiefgreifende Ansprüche an uns und das alles während er flächendeckend halb Europa abhört?
Die moralische Fragwürdigkeit alleine macht dieses Abkommen null und nichtig.
Die Inhalte, die durch dieses Abkommen postuliert werden, widersprechen jeglichem sozialdemokratischem Verständnis.
Hier muss der deutsche Staat über seine Regierung ein Zeichen setzen, dass die Grenze des Ausverkaufs hoheitsstaatliche Rechte und das Ende der Aushöhlung deutscher Bürger- und verbraucherrechte erreicht ist.
Das Transatlantische Abkommen ist ein großer Fehler, den noch unsere Kindes-Kinder uns vorwerfen werden.
Es ist komplett abzulehnen und derzeit ersatzlos zu streichen!

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Änderungsanträge zur Neufassung von E3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Ändere Betreff in: TTIP ablehnen, europäische Elementarinteressen schützen

Block X "Klammergriff der USA lösen oder zementieren? Es liegt an uns!"

Erster Absatz ändere durch: "Die Souveränität Europas und seiner Mitgliedsstaaten wird so Stück für Stück erodiert und der amerikanische Imperalismus greift auf Europa über"

Zweiter Absatz dritte Zeile streiche "deutschen Gesetze" durch "europäische Beschlüsse"

Dritter Absatz, Zeile drei: Streiche "Weltmarktführer" und ersetze durch "Anführer"

Vierter Absatz, zweite Zeile, ersetze "staatliche" durch "bisherige"

Fünfter Absatz, fünfte Zeile: Ersetze "der deutsche Staat über seine Regierung" und ersetze durch die "europäische Gesellschaft"

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	F5
Antragsteller:	Unterbezirk Fulda
Adressat:	Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Steuererleichterungen für Eltern mit drei und mehr Kindern

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD setzt sich für Steuererleichterungen für Eltern mit drei und mehr Kindern ein.

Dies könnte etwa in Form eines überproportional anwachsenden Kinderfreibetrages mit dem dritten Kind, vierten Kind und so weiter geschehen. Eine Übertragung auf einzelne alleinerziehende Elternteile soll nach wie vor durch Gewährung von 50 % des Freibetrages möglich sein.

Eine weitere Maßnahme könnte die Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer (bzw. in Zukunft ggf. von der Personenkraftwagen-Maut) für Eltern mit mindestens drei Kindern sein. Bei Familien kommt es häufig vor, dass ein Elternteil mit dem Kraftfahrzeug zur Arbeit fahren muss, währen der andere Elternteil sich um die Erziehung und Betreuung der Kinder sorgen muss. Hierzu werden sehr schnell zwei PKWs benötigt.

Weiterhin soll geprüft werden, ob Reiseanbieter, die Pauschalangebote häufig nur für Familien mit maximal zwei Kindern anbieten, verpflichtet werden können, solche Angebote auf Familien mit drei und mehr Kindern auszuweiten.

Alternativ zu diesen Vorschlägen, die steuerliche Aspekte berücksichtigen, ist eine Anpassung des Kindergeldes an die Einkommensverhältnisse der Eltern (direkter finanzieller Aspekt) nach wie vor in Erwägung zu ziehen.

Begründung:

Viele Paare, darunter auch viele junge Erwachsene, denken über Nachwuchs nach. Allerdings werden diese Pläne aus finanziellen Gründen und somit auch aus Mangel an Versorgungs- und Erziehungsmöglichkeiten schnell wieder begraben. Dieser Wandel sorgt seit Jahren für sinkende Geburtenzahlen in Deutschland.

Der demografische Wandel wird von fast allen Politiker*innen angesprochen und kritisiert. Änderungen und Ideen, diesem Trend entgegen zu wirken, werden jedoch selten gemacht. Deshalb sollte man sich die Auswirkungen vor Augen halten, denn diese sind beträchtlich:

Laut einer OECD-Studie wird Deutschland im Jahre 2050 aufgrund des (Fach-)Arbeitermangels aus wirtschaftlicher Sicht keine große Rolle mehr spielen wie bisher. Heute in den Top 3 der erfolgreichsten Exportnationen, wird für Deutschland im Jahr 2050 Platz 10 prognostiziert.

Betrachtet man neben den wirtschaftlichen Aspekten noch die Sozialstaatlichkeit (u.a. Rente, Krankenversorgung), wird es für die kommenden Generationen deutlich schwieriger, dieses System der Generationengerechtigkeit am Laufen zu halten – sofern dies überhaupt noch auf

angemessenen Niveau möglich sein wird.

Wir sollten außerdem nicht vergessen, dass wir diesen Generationen eine Staatsverschuldung von über 2 Billionen Euro hinterlassen, die trotz des Wandels weiterhin bestehen wird. Die Tilgung wird allerdings aus den o.g. Gründen (Wirtschaftlichkeit, Sozialstaat) sehr kompliziert.

Mit diesem Antrag sollen Familien, Paare und Eltern durch Erleichterungen im steuerlichen und finanziellen Bereich unterstützt werden, durch eine Erhöhung der Geburtenzahlen den demografischen Wandel abzubremsen und somit die Zukunft des Landes, der Bürger*innen und insbesondere der kommenden Generationen zu erleichtern.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	G5
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	-
Betr.:	Diskriminierung tötet! (Resolution)

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

„I have a dream", diese Aussage mag möglicherweise weltberühmt sein.
Nicht nur aufgrund ihrer historischen Bedeutung, sondern auch deshalb, weil sie auch heute noch einen aktuellen Bezug hat.
Noch immer werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihren Glauben, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Hautfarbe benachteiligt.

Das ist Diskriminierung, keine Frage. Aber eine Frage, die sich in diesem Kontext zunehmend schwerer beantworten lässt, lautet: Ab wann beginnt denn Rassismus?
Wann beginnt ein Individuum, rassistisches Gedankengut zu entwickeln?
Ist es etwa da, wenn es gewalttätig wird? Oder da, wenn es eine nationalistische Partei wählt?
Ist ein Mensch ein Rassist, wenn er Grenzen um sich zieht?
Ja, das könnte man tatsächlich so sagen.
Denn Rassismus beginnt im Kopf. Es sind Schranken, die ein Individuum im Kopf einbaut.
Rassismus bedeutet viel mehr, als man sich auf den ersten Blick vorstellen kann.

Begriffe, die dieses breite Spektrum zunehmend beeinflussen, lauten etwa „Homophobie", „Sexismus", „Antisemitismus" und „Islamophobie".

Wie kann es sein, dass Aussagen wie „Ich fühle mich nicht wohl dabei, wenn die Gleichstellung der Homo-Ehe durchgeführt wird" von einer Regierungsperson im Jahre 2013 gemacht werden?
Warum brechen noch heute Debatten darüber aus, wenn sich jemand als homosexuell erklärt?
Es ist erschreckend, den Medien entnehmen zu müssen, dass in manchen Ländern Homosexualität zur Todesstrafe führt.
Inwiefern sind konservative Weltanschauungen in diesem Zusammenhang noch akzeptabel?
Ab wann beginnt der Zustand, in dem man aktiv etwas dagegen machen muss?
Wird es nicht an der Zeit, das Prinzip, dass jedes Lebewesen gleich ist, ganz egal, welche sexuelle Orientierung es hat, zu fördern?

Laut diverser Statistiken ist das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Gleichstellung zwischen Mann und Frau in der Realität scheinbar noch nicht gänzlich angekommen.
Noch immer sind es Männer, die Führungspositionen in namhaften Unternehmen haben. Noch immer werden- auch in unserer Partei- Männer eher als Spitzenkandidaten für Wahlen ernannt als Frauen. Noch immer verdienen Frauen ca. 22% weniger Gehalt als Männer- bei gleicher Arbeit.
Wie kann es sein, dass im Jahre 2013 Gesetzesentwürfe von Parteien gemacht werden, mit denen wir koalieren, die Frauen dazu aufmuntern, als Hausfrauen zu Hause zu bleiben und sich um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern? Wie lange soll das typische Familien- bzw. Frauenbild aufrecht erhalten bleiben?

Wird es nicht an der Zeit, diese Zustände zu ändern und neue Töne in dieser Debatte klar und deutlich zu treffen?

Paradoxerweise ist es genau die Gesellschaft, von der eben die Rede war, diejenige, die sich für die Rechte der muslimischen Frau einsetzen möchte.
Es ist die Gesellschaft, die vermeintliche Unterdrückungen muslimischer Frauen stoppen möchte.
Woher möchten sie aber wissen, dass sie unterdrückt werden?
Warum wird das Kopftuch als Zeichen der Unterdrückung betrachtet, während sich eine Nonne problemlos, ohne sich für ihre Bedeckung rechtfertigen zu müssen, ihren Glauben leben kann?
Es gibt diverse rechtspopulistische Gruppierungen, die es sich als Ziel genommen haben, Vorurteile über Muslime in unserer Gesellschaft zu verbreiten. Warum verbinden viele Menschen Muslime mit Terrorismus? Warum gibt es von der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie, die deutlich macht, wie weit verbreitet die Angst vor Muslimen sei und dass sich zunehmend mehr Menschen durch den Islam bedroht fühlen?

Ähnlich ergeht es dem Umgang mit Antisemitismus. Deutsche rechtspopulistische Parolen zielen noch immer darauf ab, diese Menschen öffentlich zu diskriminieren. Den Holocaust zu leugnen, ist mit Abstand das höchste Maß an Respektlosigkeit.
Was während des NS-Regimes passiert ist, darüber muss weiterhin in der Öffentlichkeit gesprochen werden. Der Holocaust zählt zu den größten Verbrechen der Menschheit und muss auch als dieser deklariert werden.

Auch dazu stellt sich die Frage: wird es nicht endlich an der Zeit, dem rechtspopulistischen Gerede endlich ein Ende setzen und unserer Gesellschaft ein gesundes Maß an Aufklärung bieten?

Behauptungen wie „Deutschland ist kein Zuwanderungsland!“ erwecken den Eindruck, als sei dies als Wahrheit festgestellt- ohne jeglichen Bezug zu Fremdenfeindlichkeit zu haben, ist es denn aber tatsächlich so? Warum wird die Migrationsdebatte so heftig geführt?
Warum breitet sind in der Mitte unserer Gesellschaft die Angst aus, Migranten aus Rumänien und Bulgarien würden nur nach Deutschland kommen, um unser Sozialsystem zu zerstören?
Warum gelten Aussagen wie „Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber“ als harmlos und als offene Meinung?
Wann beginnt eine Meinung ein Vorurteil zu sein?
In der Schweiz soll ein Gesetz erlassen werden, sodass arbeitslose Migranten keine Sozialhilfe mehr erhalten. Soll daran der Traum eines starken, zusammengeschlossenen Europas scheitern?
Oder brauchen wir eine neue Diskussionskultur, wenn wir über arbeitslose Migranten sprechen?

Fragen über Fragen, die eine eindeutige Antwort benötigen.
Wir Jusos haben Antworten auf diese Fragen:

Wir Jusos fordern eine klare Stellungnahme seitens von SPD-Politikern jeglichem rassistischen Verhalten gegenüber.
Wir Jusos fordern eine Gleichstellung der Homo-Ehe, die tatsächlich- ohne langes Gerede- durchgesetzt wird.

Wir Jusos fordern ein striktes Verfolgen des Prinzips der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern.

Wir Jusos fordern ein Stoppen der Hetze gegenüber Muslimen und Juden. Zudem fordern wir ein aktives Engagement, um den interreligiösen Dialog und eine Aufklärung bezüglich sämtlicher Vorurteile voranzutreiben.

Wir Jusos fordern Gesetze, die klar und deutlich bestimmen, dass sich ausländische Menschen frei in Deutschland aufhalten können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2014 • Bad Hersfeld • Stadthalle

Antrag:	O 2 und O3 Neufassung
Antragsteller:	Unterbezirk Waldeck-Frankenberg
Adressat:	Bezirksvorstand, Landeskonferenz
Betr.:	Jusos in die Parlamente

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Der Juso-Bezirksvorstand wird aufgefordert, ein Konzept zur jugendorientierten Listenaufstellung für die anstehende Kommunalwahl bis zum Herbst 2014 zu erarbeiten und dem Bezirksausschuss vorzulegen, durch welches KandidatInnen im Juso-Alter die Möglichkeit auf ausreichend und sichere Listenplätze eröffnet wird. Der Juso-Bezirksvorstand wird aufgefordert in Verhandlungen mit dem SPD-Bezirk Hessen-Nord einzutreten, um die Forderung erfolgreich in den Unterbezirken umzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an